



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Piwczyk, Sara:

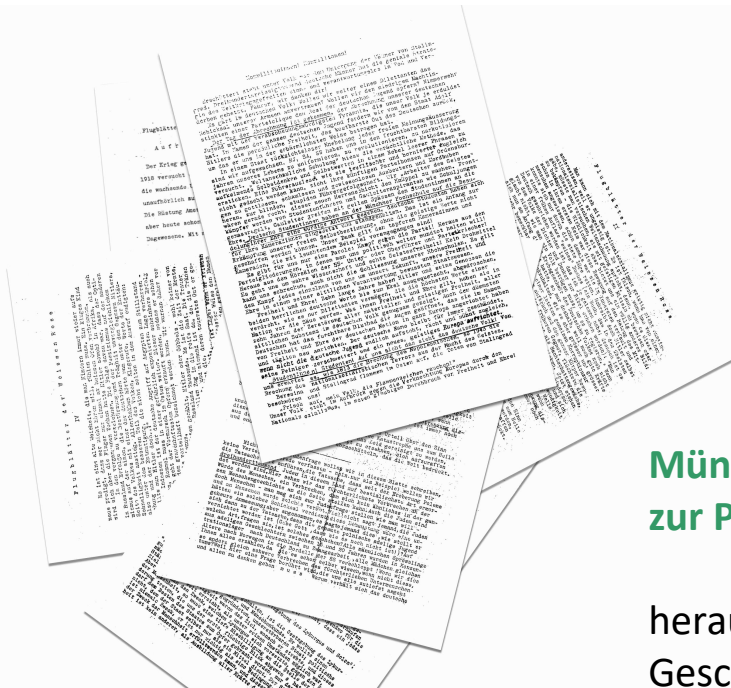
Die relative Machtentwicklung Chinas und der USA –
Welche Rolle spielt smart power für den relativen
Machtaufstieg von Staaten?

Bachelorarbeit, Wintersemester 2022

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.91325>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2022

Sara Piwczyk

**Die relative Machtentwicklung
Chinas und der USA – Welche Rolle
spielt smart power für den relativen
Machtaufstieg von Staaten?**

Bachelorarbeit bei
Dr. Felix Biermann
2021

Abstract

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte wiesen aufstrebende Staaten wie Brasilien, Russland, Indien, Südafrika und insbesondere China ein starkes wirtschaftliches Wachstum auf, welches es ihnen ermöglichte, die Vormachtstellung von etablierten Mächten in der globalen Politik herauszufordern und an relativer Macht hinzuzugewinnen. Dies lässt sich unter anderem anhand von institutionellen Neugründungen erkennen. Aufstrebende Staaten tendieren dazu, neue Institutionen mit vorteilhafteren Regelungen zu gründen, wenn sie mit dem Status quo in etablierten Institutionen unzufrieden sind und sich diese Institutionen nicht ausschlaggebend reformieren lassen. In diesem Sinne ist die Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) von besonderem Interesse. Die vorliegende Arbeit untersucht, welcher Zusammenhang zwischen der AIIB-Gründung und dem relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten besteht. Es wird aufgezeigt, dass Chinas *smart power* Strategie eine entscheidende Rolle spielte: Neben finanziellen Anreizen lag es besonders an Chinas *soft power* in Form von diplomatischen Verhandlungen, weshalb der Bank auch westliche Großmächte entgegen des Willens der USA beitraten und die AIIB bereits kurz nach ihrer Gründung an zahlreichen Mitgliedsstaaten hinzugewann. Dies stärkte die Legitimität und Anerkennung der Bank, was den aufstrebenden Staaten ermöglichte, ihren Einfluss in der internationalen Finanzpolitik zu vergrößern. Somit gewannen die aufstrebenden Staaten, darunter insbesondere China, im Vergleich zu etablierten Mächten wie der USA an relativer Macht hinzu.

Inhaltsverzeichnis

I Abkürzungsverzeichnis.....	II
II Abbildungsverzeichnis.....	IV
1 Einleitung: Aufstrebende Staaten und die sich verändernden globalen Machtverhältnisse.....	1
2 Relative globale Machtverschiebungen – Ein Erklärungsrahmen.....	4
2.1 Wodurch werden relative globale Machtverschiebungen verursacht?.....	4
2.2 Welche Rolle spielen hierbei institutionelle Veränderungen?.....	7
2.3 Herleitung eines Kausalpfades.....	10
3 Methodik	12
4 Empirische Analyse der AIIB-Gründung	15
4.1 Die Unzufriedenheit der aufstrebenden Staaten mit ihrer unterrepräsentierten Stellung in etablierten Finanzinstitutionen	15
4.2 Reformversuche der etablierten Finanzinstitutionen durch aufstrebende Staaten.....	17
4.3 Blockierung der institutionellen Reformversuche durch etablierte Mächte	19
4.4 Gründung der AIIB als alternative Finanzinstitution.....	20
4.5 Institutionelle Stärkung der AIIB – Chinas smart power Strategie.....	21
4.6 Relativer Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten.....	24
5 Fazit und Ausblick.....	27
Literaturverzeichnis.....	29

I Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asiatische Entwicklungsbank
AIIB	Asiatische Infrastrukturinvestmentbank
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRICS	Gruppe der größten aufstrebenden Volkswirtschaften, bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
EU	Europäische Union
G20	Gruppe der zwanzig größten Industrie- und Schwellenländer
IWF	Internationaler Währungsfonds
NDB	New Development Bank
PST	<i>Power shifting theory</i>
PTT	<i>Power transition theory</i>

II Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kausalpfad.....	10
Abbildung 2: Entwicklung der Stimmenanteile in der Weltbank und in der ADB	16

1 Einleitung: Aufstrebende Staaten und die sich verändernden globalen Machtverhältnisse

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts unterliegen die vorherrschenden globalen Machtverhältnisse einem bedeutenden Wandlungsprozess: Mächte aus dem Osten und Süden mit einer stark heranwachsenden Wirtschaft, bezeichnet als aufstrebende Staaten, gewinnen zunehmend an politischem Einfluss hinzu und sind in Anbetracht der sich verändernden globalen Machtverteilung von großer Bedeutung. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, bekannt als Gruppe der BRICS, stechen hierbei besonders hervor: 2011 lag die wirtschaftliche Wachstumsrate der BRICS, gemessen am jährlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), weit über der Wachstumsrate der etablierten Mächte und dem globalen Durchschnitt, mit einer gleichbleibenden Tendenz in den darauffolgenden Jahren (International Monetary Fund 2012: 190). Unter den BRICS nimmt insbesondere China als weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft nach der USA eine zentrale Rolle ein. Neben einer stark heranwachsenden Wirtschaft beteiligte sich China in den letzten Jahrzehnten zusehends an multilateralen Kooperationsformen und internationalen Organisationen, wodurch dem Staat eine zentralere Rolle in der globalen Politik zugeschrieben wird (Shambaugh 2014: 40).

Aufgrund des starken wirtschaftlichen Wachstums erhöhte sich auch allgemein die Bereitschaft der aufstrebenden Staaten, eine größere Rolle in der internationalen Politik einzunehmen. Besonders in der Finanzpolitik lies sich im Verlauf der vergangenen Jahre beobachten, dass sich aufstrebende Staaten, hierbei vor allem die BRICS, zunehmend an der Gründung neuer multilateraler Finanzinstitutionen beteiligten, welche den Status quo in etablierten Finanzinstitutionen wie der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF) anfechten. Zu diesen neugegründeten Institutionen zählt die 2015 gegründete Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), welche eine multilaterale Entwicklungsbank darstellt und hauptsächlich für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Entwicklungsländern zuständig ist (Asian Infrastructure Investment Bank 2021: 2). Die Gründung der AIIB wurde durch China initiiert und zusammen mit den anderen BRICS ins Leben gerufen, da diese wie viele andere Staaten aufgrund ihres ansteigenden wirtschaftlichen Wachstums finanzielle Unterstützung benötigen, um die Kosten für notwendige Infrastrukturprojekte decken zu können.

Die Anzahl an Mitgliedsstaaten erhöhte sich bereits kurz nach der AIIB-Gründung stark. Insbesondere der Beitritt Großbritanniens löste aus, dass zahlreiche weitere Staaten Mitglieder wurden, wodurch sich die AIIB zu einer global unterstützten Institution entwickelte (Siew Mun 2015: 6-7). Interessant ist hierbei, dass die USA zunächst versuchte, ihre Verbündeten unter Druck zu setzen, um sie von einem Beitritt zur AIIB abzuhalten. Die USA sah die Bank als eine Herausforderung der etablierten Finanzinstitutionen und wollte verhindern, dass China durch seine leitende Rolle in der AIIB an Einfluss in der internationalen Finanzpolitik hinzugewinnt (Siew Mun 2015: 24). Trotz dieser Versuche traten viele westlichen Mächte der

AIIB bei, wodurch die Frage aufkommt, was diese Staaten trotz des hohen Drucks seitens der USA zu dieser Entscheidung bewegte.

Die Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen begann, sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend mit dem Aufstieg der aufstrebenden Staaten und ihrem Einfluss auf die globalen Machtverhältnisse auseinanderzusetzen. Hierbei kommt dem Konzept der Macht selbst eine große Bedeutung zu: Ursprünglich wurde Macht hauptsächlich als militärische Stärke eines Staates definiert und galt als Mittel, um andere Staaten zu dominieren (Dahl 1957; Holsti 1964; Morgenthau 1960). In der politischen Forschung entwickelte sich die begriffliche Bedeutung jedoch kontinuierlich weiter und ermöglichte es, Macht auch relativ zu anderen Staaten und in verschiedenen Erscheinungsformen zu definieren (Baldwin 2013: 291; Nye 2011: 14). Hierzu zählt insbesondere die Unterscheidung zwischen den durch Joseph Nye eingeführten Begriffen der *hard power* und *soft power* (Nye 1990; Nye 2004; Nye 2011).

Zudem entwickelte sich die *power transition theory* (PTT) weiter, welche als eine der zentralen Theorien über den globalen Machtübergang zwischen Staaten gesehen wird: Mit der Zeit kritisierten Forscher zunehmend die altbekannten Annahmen der PTT, dass bestimmte Staaten mit dem Status quo der globalen Machtverteilung unzufrieden sind und deshalb mit dem vorherrschenden Hegemon Krieg führen (Chan 2008; Organski 1958; Organski/Kugler 1981). Deshalb entwickelte sich mit der Zeit die *power shifting theory* (PST) heraus, welche sich mit den relativen globalen Machtverschiebungen aufgrund des wirtschaftlichen Aufstiegs der aufstrebenden Staaten beschäftigt (Stephen/Zürn 2019: 7). Ein Teilbereich der PST untersucht, wie sich diese Machtverschiebungen auf die Veränderung oder Neugründung von internationalen Institutionen auswirken (Daßler et al. 2019; Kruck/Zangl 2019; Kruck/Zangl 2020; Lipsy 2017; Zangl et al. 2016; Urpelainen/Van de Graaf 2014). Aus diesem Forschungsgebiet stammt auch die *contested multilateralism* Theorie nach Julia Morse und Robert O. Keohane, welche beschreibt, wann und weshalb politische Akteure durch neu gegründete oder bereits existierende alternative Institutionen den Status quo einer etablierten multilateralen Institution herausfordern (Morse/Keohane 2014).

Es lässt sich erkennen, dass relative globale Machtverschiebungen in Anbetracht des zunehmenden Einflusses der aufstrebenden Staaten ein bereits umfangreich erforschtes Themengebiet in den Internationalen Beziehungen darstellen. Bisherige Forschungsansätze, wie die Theorie des *contested multilateralism* nach Morse und Keohane, können zwar erklären, dass aufstrebende Staaten mit ihrer unterrepräsentierten Stellung in etablierten Institutionen unzufrieden sind und deshalb alternative Institutionen gründen, welche ihnen einen größeren politischen Einfluss ermöglichen (Morse/Keohane 2014; Urpelainen/Van de Graaf 2014). Es kann jedoch noch nicht begründet werden, wie diese neugegründeten Institutionen gestärkt werden, um einen relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten zu bewirken. Im Falle der AIIB-Gründung kann anhand des bisherigen Forschungsstandes somit noch nicht belegt werden, weshalb die Bank bereits kurz nach ihrer Gründung so erfolgreich bei der Anwerbung von Mitgliedsstaaten abschnitt. Ebenso ist bisher ungeklärt geblieben, wie genau der relative Machtaufstieg der aufstrebenden

Staaten, darunter insbesondere der Aufstieg Chinas, mit der Gründung und institutionellen Stärkung der AIIB zusammenhängt.

Die vorliegende Arbeit argumentiert, dass *smart power* eine entscheidende Rolle spielte. Der nach Joseph Nye definierte Begriff der *smart power* bedeutet grundlegend, dass Staaten eine Strategie entwickeln, welche verschiedene Machtarten, hierbei besonders Zahlungen, Attraktion und Diplomatie, vereint einsetzt, sodass sich diese gegenseitig in ihrer Wirkung verstärken (Nye 2009: 160; Nye 2011: 10). Das Konzept der *smart power* wurde in den Internationalen Beziehungen bislang noch kaum erforscht und nimmt im Rahmen dieser Arbeit eine ergänzende Funktion ein, indem institutionelle Neugründungen durch den staatlichen Einsatz einer *smart power* Strategie mit dem relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten in Verbindung gebracht werden. Dies lässt den Schluss auf folgende zu analysierende Fragestellung zu:

Die relative Machtentwicklung Chinas und der USA - Welche Rolle spielt *smart power* für den relativen Machtaufstieg von Staaten?

In der vorliegenden Arbeit wird argumentiert, dass China im Falle der AIIB-Gründung eine *smart power* Strategie einsetzte: Finanzielle Anreize in Verbindung mit diplomatischen Verhandlungen und der wirtschaftlichen Anziehungskraft Chinas führten dazu, dass neben aufstrebenden Staaten und asiatischen Entwicklungsländern auch westliche Großmächte von einem Beitritt zur AIIB überzeugt werden konnten. China gelang es, nach der erfolgreichen Initiierung der Bank entscheidende Mitgliedsstaaten anzuwerben, durch welche die Finanzierungsstärke, die Glaubwürdigkeit und der Status der AIIB in der internationalen Finanzpolitik gestärkt wurden. Dies wirkte sich ebenso auf die aufstrebenden Staaten aus, welche durch die AIIB neben finanziellen Vorteilen an Einfluss und Legitimität in der internationalen Politik hinzugewannen. Besonders China konnte durch seine führende Rolle in der AIIB erreichen, dass sich die Wahrnehmung Chinas als kooperative aufsteigende Großmacht in der globalen Politik festigte. Zusammen mit den anderen aufstrebenden Staaten konnte China somit durch die AIIB im Vergleich zu etablierten Mächten wie der USA an relativer Macht hinzugewinnen.

Zu Beginn der vorliegenden Arbeit wird der aktuelle Forschungsstand zu den sich verändernden globalen Machtverhältnissen aufgeführt. Hierbei werden insbesondere die zentralen Annahmen der *contested multilateralism* Theorie nach Morse und Keohane (Morse/Keohane 2014) erläutert. Aus diesen theoretischen Annahmen wird ein Kausalpfad abgeleitet, welcher schrittweise aufführt, wie es zu institutionellen Neugründungen durch aufstrebende Staaten kommt, wie der Einsatz einer *smart power* Strategie zur Stärkung dieser Institutionen beiträgt und wie die aufstrebenden Staaten dadurch an relativer Macht hinzugewinnen. Anhand dieses Kausalpfades soll dann die AIIB Gründung empirisch analysiert werden. Die Ergebnisse dieser Analyse werden abschließend zusammengefasst und es wird ein Ausblick auf weiterführende Forschungsansätze gegeben.

2 Relative globale Machtverschiebungen – Ein Erklärungsrahmen

Im Folgenden wird zunächst der Forschungsstand zu den sich verändernden globalen Machtverhältnissen aufgeführt, wobei auf das Konzept der Macht, den Übergang von der PTT zur PST, die Theorie des *contested multilateralism* nach Morse und Keohane (Morse/Keohane 2014) sowie das *smart power* Konzept näher eingegangen wird. Dann wird aus diesen theoretischen Annahmen ein Kausalpfad abgeleitet und erläutert, welcher schrittweise aufzeigt, wie sich der Einsatz einer *smart power* Strategie bei institutionellen Neugründungen auf den relativen Machtaufstieg von aufstrebenden Staaten auswirkt.

2.1 Wodurch werden relative globale Machtverschiebungen verursacht?

Um näher auf die Forschung zu relativen globalen Machtverschiebungen eingehen zu können, muss vorerst erläutert werden, wie sich das Konzept der Macht selbst definieren lässt. In den Internationalen Beziehungen stellt Macht einen breit gefassten Begriff dar, welcher zu den am längsten erforschten Konzepten der Weltpolitik hinzugezählt wird (Baldwin 1979: 161). Aufgrund der unterschiedlichen Definitionsmöglichkeiten existiert für den Begriff der Macht keine einheitliche Beschreibung (Baldwin 2013: 273). Zudem haben es die Entwicklung von unterschiedlichen theoretischen Strängen und die Entstehung von sich gegenseitig beeinflussenden Machtkonzepten zunehmend erschwert, einen umfassenden Überblick über den Begriff abzubilden (Baldwin 1979: 162; Barnett/Duvall 2005: 67). Dennoch lassen sich grobe Muster in der Entwicklung des Machtbegriffs erkennen:

Henry Morgenthau gilt als ältester Vertreter des Machtkonzepts in den Internationalen Beziehungen (Holsti 1964: 179). Nach Morgenthaus Definition streben Staaten es an, ihre Macht zu maximieren, um andere Staaten dominieren zu können (Morgenthau 1960). Macht wurde über eine lange Zeit primär als Mittel zum Zweck bezeichnet, um andere Staaten zu Handlungen zu zwingen, welche sie andernfalls von sich aus nicht durchgeführt hätten (Nye 1990: 177). Umformuliert bedeutet die Ausübung von Macht grundlegend, dass ein politischer Akteur zu Handlungen bewegt wird, welche mit den Zielen des machtausübenden Akteurs in Einklang stehen (Holsti 1964: 181). Hierfür setzen Staaten verschiedene Einflusstechniken ein, welche von Überzeugungsversuchen durch Belohnungen bis hin zu Drohungen und Bestrafungen reichen können (Holsti 1964: 191-192). Es wird deutlich, dass der Machtbegriff in den vergangenen Jahrzehnten vor allem mit materiellen Ressourcen, also beispielsweise der wirtschaftlichen Größe oder der militärischen Stärke eines Staates, in Verbindung gebracht wurde (Nye 1990: 178). Jedoch wurden auch schon zu dieser Zeit weitere Faktoren wie finanzielle Anreize, Informationen, politische Verbündete und der internationale Status eines Staates definiert, welche die Ausübung von Macht ermöglichen (Dahl 1957). Das „Paradox der unrealisierten Macht“ beschreibt die Erkenntnis, dass militärische, wirtschaftliche, geographische als auch wissenschaftliche Indikatoren nicht ausreichen, um die Macht eines Staates zu messen: In der politischen

Forschung wurde erkannt, dass die ansteigenden materiellen Ressourcen eines Staates nicht zwingend mit einem erhöhten staatlichen Einfluss in der internationalen Politik einhergehen (Baldwin 1979; Hart/Jones 2010: 68-70).

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fokussierte sich die Forschung zunehmend auf die Analyse von relativer Macht (Baldwin 2013: 291). Nach Nye zeigt sich relative Macht hauptsächlich in Form von drei Gesichtern: Ein politischer Akteur kann relative Macht durch Zwang oder Überzeugungen, Agendasetzung und die Beeinflussung von Präferenzen eines anderen Akteurs ausüben (Nye 2011: 14). Es wird deutlich, dass sich der Machtbegriff in Anbetracht der sich verändernden globalen Machtverhältnisse weiterentwickelt und durch neue Definitionen ergänzt wird.

In der aktuellen Forschung zum Begriff der relativen Macht nehmen zudem nun auch Institutionen eine relevantere Rolle ein. Grundlegend lassen sich Institutionen als Regelungen und Normen beschreiben, welche aus Verhandlungen heraus entstehen und die Beziehungen zwischen Akteuren definieren (Krasner 1999: 43). Durch diese Verhandlungen entstehen Vereinbarungen, meistens in Form von Verträgen, welche die Verhaltensweisen der Akteure begrenzen oder ermöglichen (Koremenos et al. 2001: 762). Die festgelegten Verhaltensanweisungen ermöglichen es Staaten, miteinander auf institutionellem Wege zu kooperieren oder zu konkurrieren (Keohane 2005; Mearsheimer 1994: 8-9). Die relative Machtstellung eines Staates lässt sich an seiner Rolle innerhalb einer Institution erkennen (Krasner 1999: 43). Institutionen repräsentieren, schaffen oder grenzen die Macht von Staaten ein (Baldwin 2013: 290). Besonders schwächere Staaten können ihre Interessen durch Institutionen zum Ausdruck bringen, wozu sie andernfalls unter dem Einfluss der etablierten Mächte nicht im Stande wären (Krasner 1999: 58).

Eine weitere Entwicklung des Machtbegriffs zeigt sich in der Erkenntnis, dass sich Macht in verschiedene Arten aufteilen lässt. Joseph Nye unterscheidet hierbei vor allem zwischen *hard power* und *soft power*, welche in der globalen Politik zunehmend an Bedeutung hinzugewinnen (Nye 1990: 182):

Hard power ist ein altbekannter Begriff in den Internationalen Beziehungen und galt in der ältesten Forschung als die einzige Art von staatlicher Macht (Nye 1990: 178). *Hard power* zeigt sich in Form von Zahlungen sowie der militärischen und wirtschaftlichen Stärke eines Staates, durch welche andere Staaten anhand von Drohungen oder finanziellen Anreizen dazu gebracht werden, zu kooperieren (Armijo 2007: 29-30; Nye 2009: 160). *Hard power* allein kann jedoch nicht erklären, welche Macht nichtstaatliche Akteure besitzen oder wie Entscheidungen im finanziellen Sektor getroffen werden (Nye 2011: 4). Anknüpfend an das bereits erwähnte „Paradox der unrealisierten Macht“ erkennt auch Nye, dass Macht nicht ausschließlich mit der militärischen Stärke eines Staates zusammenhängt (Baldwin 1979; Hart/Jones 2010: 68-70; Nye 1990: 179). Deshalb führte Nye 1990 zum ersten Mal den Begriff der *soft power* ein, welcher beschreibt, dass Staaten Macht nicht nur durch Zwang und Zahlungen, sondern auch in Form von Attraktion, Diplomatie und kooperativem Verhalten ausüben können, um andere Staaten dazu zu verleiten, gewisse Handlungen

auch in ihrem eigenen Interesse durchzuführen (Nye 1990; Nye 2004; Nye 2011). Grundlegend bedeutet *soft power* folglich, einen anderen Akteur zu Handlungen zu bewegen, die sowohl mit den eigenen, als auch den Zielen des beeinflussten Akteurs in Einklang stehen. Die Präferenzen des Akteurs sollen hierbei vorteilhaft verändert werden, beispielsweise durch Agendasetzung sowie institutionellen, kulturellen oder ideologischen Einfluss (Nye 1990: 181; Nye 2004: 5). Seit 1990 entwickelte Nye das *soft power* Konzept weiter und stellte in seinem Buch „Soft power: The means to success in world politics“ (Nye 2004) eine präzisere Definition auf. Laut Nye gelten Kultur, politische Werte und die Außenpolitik eines Staates als drei zentrale Ressourcen für die Ausübung von *soft power*, wobei Letzteres mit der moralischen Autorität und Legitimität eines Staates in der internationalen Politik zusammenhängt (Nye 2004: 11). Allgemein können alle Ressourcen als *soft power* bezeichnet werden, welche sich hauptsächlich durch Attraktion auf die Handlungen von anderen Staaten auswirken (Nye 2004: 6). Hierzu zählen unter anderem die Diplomatie, die internationale Wahrnehmung und die wirtschaftliche Stärke eines Staates (Kurlantzick 2007: 5-6). Institutionen können die *soft power* eines Staates verstärken, indem ein Staat für ihn vorteilhafte Regelungen innerhalb einer Institution festlegen kann und andere Staaten diese Regelungen akzeptieren (Nye 2004: 10-11).

Sowohl *hard power* als auch *soft power* sind darauf ausgelegt, dass ein machtausübender Akteur einen anderen Akteur beeinflusst, um seinen eigenen Zielen näherzukommen. Es wird deutlich, dass diese beiden Macharten zwar zusammenhängen, sich jedoch in ihrer Durchsetzung unterscheiden. Nye bildet *hard power* und *soft power* auf einem gemeinsamen Spektrum ab, um zu zeigen, dass beide Machtarten in Abstufungen unterteilt werden können und ineinander übergehen (Nye 2004: 8). Die Art und Weise wie ein Staat eine bestimmte Ressource einsetzt, bestimmt, ob diese als *hard power* oder *soft power* bezeichnet wird. Beispielsweise kann die wirtschaftliche Größe eines Staates als *hard power* oder *soft power* gesehen werden, je nachdem ob andere Staaten durch diese Ressource zu Handlungen gezwungen oder verleitet werden (Nye 2009: 160). Genauso kann das Image eines Staates in der internationalen Politik durch beide Machtarten beeinflusst werden, zum Beispiel durch das wirtschaftliche Wachstum eines Staates im Sinne der *hard power*, oder in Form von diplomatischen Beziehungen und der internationalen Stellung eines Staates als *soft power* (Armijo 2007: 30). Letztendlich ist keine der beiden Machtarten alleine wirkungsvoll genug, denn nach Nye ist es von zentraler Bedeutung, dass Staaten sowohl *hard power* als auch *soft power* umsetzen, um ihre politischen Ziele erreichen zu können (Nye 1990: 182).

Auf der Grundlage dieses Machtkonzept lässt sich nun genauer untersuchen, wie die globalen Machtverschiebungen mit dem relativen Aufstieg der aufstrebenden Staaten in Verbindung stehen. Staaten werden als etablierte Mächte bezeichnet, wenn sie im globalen Vergleich zu anderen Staaten seit Jahrzehnten eine große militärische, wirtschaftliche und finanzielle Macht aufweisen (Armijo 2007: 17-21). Für aufstrebende Staaten gibt es wiederum keine genaue Definition, jedoch zählen hierzu meistens diejenigen Staaten, welche ein starkes wirtschaftliches Wachstum aufweisen. Aufstrebende Staaten kooperieren untereinander, oft in Form von Institutionen, und nutzen ihr starkes wirtschaftliches Wachstum, um eine einflussreichere Stellung in der internationalen Politik einzunehmen (Hart/Jones 2010: 65-67). In den

vergangenen Jahren hat die Forschung in den Internationalen Beziehungen begonnen, sich zunehmend mit diesem globalen Phänomen auseinanderzusetzen (Kahler 2013; Ouyang et al. 2019: 1-2; Schweller 2011). Hierbei wurde der Machtübergang von etablierten Mächten auf aufstrebende Staaten aus verschiedenen theoretischen Perspektiven wie dem wirtschaftlichen Liberalismus, politischen Realismus oder dem liberalen Institutionalismus beleuchtet und konzeptualisiert (Armijo 2007). Zudem erlangte eine in der politischen Forschung altbekannte Theorie über den Machtübergang zwischen Staaten, bezeichnet als *power transition theory* (PTT), erneute Aufmerksamkeit.

Die PTT wurde 1958 durch Abramo F.K. Organski entwickelt und beschreibt grundlegend, dass die internationale Politik als Hierarchiepyramide angesehen wird, welche von den machtvollsten Staaten dominiert und durch aufstrebende Staaten unter Einsatz von Gewalt herausgefordert wird, damit die Macht der dominierenden auf die herausfordernden Staaten übergeht (Organski 1958; Organski/Kugler 1981). Diese Annahmen wurden in der politischen Forschung jedoch im Verlauf der Jahre zunehmend kritisiert (Chan 2008). Im Angesicht der aktuellen globalen Machtverschiebungen, insbesondere mit Hinblick auf den relativen Machtaufstieg der aufstrebender Staaten im Vergleich zu etablierten Mächten, ist es noch nicht zu einem vollkommenen Machtübergang gekommen, wodurch die Annahmen der PTT kein passendes Erklärungsmuster liefern. Deshalb beschäftigt sich die aktuelle Forschung zunehmend mit der *power shifting theory* (PST), welche dieses Phänomen näher beleuchtet. Die PST untersucht die Gründe und Auswirkungen von relativen Machtverschiebungen auf globaler Ebene. Von besonderem Interesse sind hierbei die Ursachen für den relativen globalen Machtaufstieg eines Staates. Ein relativer Machtaufstieg bedeutet grundlegend, dass ein Staat im Vergleich zu einem anderen Staat an Macht hinzugewinnt. Hierbei spielt beispielsweise Anerkennung eine zentrale Rolle. Die Anerkennung durch andere Staaten lässt sich unter anderem an dem Erhalt von Privilegien und einem internationalen Status, an erhöhten Mitbestimmungsrechten und an der Akzeptanz des Staates in führenden globalen Machtpositionen erkennen (Paul 2016: 4-5). Die PST stellt eine derzeitig stark erforschte Theorie in den Internationalen Beziehungen dar. Es lässt sich erkennen, dass institutionelle Veränderungen, ausgelöst durch relative globale Machtverschiebungen, hierbei von besonderem Forschungsinteresse sind. Diese institutionellen Veränderungen als Teilbereich der PST sollen daher im Folgenden näher untersucht werden.

2.2 Welche Rolle spielen hierbei institutionelle Veränderungen?

Internationale Institutionen nehmen insbesondere in Bezug auf den durch aufstrebende Staaten initiierten institutionellen Wandel eine zunehmende Rolle in den Internationalen Beziehungen ein (Ruggie 1992: 561; Stephen/Zürn 2019: 7; Zürn/Stephen 2010). Interessant ist hierbei, unter welchen Bedingungen diese institutionellen Veränderungen als erfolgreich angesehen werden und inwiefern es zu dem staatlichen Einsatz von *hard power* und *soft power* kommt (Daßler et al. 2019; Kruck/Zangl 2019; Kruck/Zangl 2020;

Lipsy 2017; Zangl et al. 2016; Urpelainen/Van de Graaf 2014). Der größte Teil der Forschung im Bereich der PST hat sich bisher jedoch nur auf institutionelle Anpassungen fokussiert, es finden sich vergleichsweise nur wenige Arbeiten, welche institutionelle Neugründungen untersuchen. Aus diesem Forschungsgebiet stammt das von Urpelainen und Van de Graaf entwickelte Verhandlungsmodell, welches die Entstehung von überlappenden internationalen Institutionen anhand der institutionellen Voreingenommenheit, des innenpolitischen Drucks und der Erfolgswahrscheinlichkeit einer neugegründeten Institution analysiert (Urpelainen/Van de Graaf 2014). Dieses Verhandlungsmodell liefert eine alternative Erklärung für die Entstehung von neuen Institutionen in Politikfeldern mit bereits existierenden Institutionen, welche dieselben Funktionen ausführen. Urpelainen und Van de Graafs Arbeit bezieht sich hierbei neben der institutionellen Voreingenommenheit auch auf weitere Einflussfaktoren wie innenpolitischen Druck oder die Erfolgswahrscheinlichkeit einer neugegründeten Institution (Urpelainen/Van de Graaf 2014). In der vorliegenden Arbeit soll der Fokus jedoch alleine auf der institutionellen Voreingenommenheit liegen, da diese in Anbetracht der relativen globalen Machtverschiebungen eine entscheidende Rolle bei der Neugründung von Institutionen durch aufstrebende Staaten spielt.

In diesem Sinne wird im Folgenden die *contested multilateralism Theorie* von Julia Morse und Robert O. Keohane näher beleuchtet (Morse/Keohane 2014). *Contested multilateralism* beschreibt eine Situation oder Strategie, welche entsteht, wenn neu gegründete oder bereits existierende alternative Institutionen durch Staaten genutzt werden, um den Status quo einer etablierten Institution herauszufordern (Morse/Keohane 2014: 385-386). *Contested multilateralism* kann in verschiedenen Politikfeldern auftreten und zeigt sich in Form von informellen Netzwerken, zwischenstaatlichen Verträgen und multilateralen Organisationen (Morse/Keohane 2014: 385). Die grundlegende Annahme ist hierbei, dass bestimmte Staaten mit den Regelungen einer etablierten Institution unzufrieden sind und deshalb untereinander Koalitionen bilden, mit dem Ausstieg aus der Institution drohen oder eine neue Institution gründen, um eine Reform in der etablierten Institution herbeizuführen (Morse/Keohane 2014: 385). Die Unzufriedenheit der Staaten entsteht meistens durch äußerliche Einflüsse wie die sich verändernden globalen Machtverhältnisse, oder durch einen Wandel der staatlichen Präferenzen (Morse/Keohane 2014: 390). Unzufriedene Staaten tendieren dazu, eine etablierte Institution herauszufordern, wenn sich diese nicht an die Interessen der herausfordernden Staaten anpasst (Morse/Keohane 2014: 387).

Morse und Keohane definieren drei zentrale Faktoren, welche *contested multilateralism* auslösen: Erstens müssen in einem bestimmten Politikfeld bereits etablierte Institutionen existieren, zweitens kooperieren die mit dem Status quo unzufriedenen Staaten untereinander und wechseln zu einer alternativen, bereits existierenden oder zu diesem Zweck neugegründeten, Institution, und drittens muss diese alternative Institution die Regeln der etablierten Institution herausfordern (Morse/Keohane 2014: 388). Hierbei wird zwischen zwei Erscheinungsformen unterschieden: *Regime shifting* bezeichnet den Wechsel der unzufriedenen Staaten zu einer bereits existierenden Institution mit vorteilhafteren Regelungen. *Competitive regime creation* wiederum beschreibt die Neugründung einer Institution, in welcher die Regelungen im

Einklang mit den Interessen der herausfordernden Staaten festgelegt werden (Morse/Keohane 2014: 392). Diese Regelungen umfassen beispielsweise direkte Kontrollmöglichkeiten, vorteilhaftere Abstimmungsverfahren oder eine limitierte Mitgliedschaft (Morse/Keohane 2014: 398). Somit ist der Konflikt mit den Regelungen der etablierten Institution bei beiden Erscheinungsformen entscheidend (Morse/Keohane 2014: 387).

Ob sich Staaten bei ausbleibenden Reformen in einer etablierten Institution für die Strategie des *contested multilateralism* entscheiden, hängt davon ab, ob der Wechsel zu einer alternativen Institution möglich ist und ob die Drohungen der herausfordernden Staaten, die etablierte Institution verlassen zu wollen, glaubwürdig erscheinen (Morse/Keohane 2014: 390). Falls es zu keiner institutionellen Anpassung kommt, kann dies an der fehlenden Glaubwürdigkeit der staatlichen Drohungen oder an den etablierten Mächten liegen, welche mögliche institutionelle Reformen blockieren, um ihre eigenen Interessen zu schützen (Morse/Keohane 2014: 391). Der durch *contested multilateralism* ausgelöste Prozess kann entweder scheitern und nichts an den vorherrschenden Regelungen innerhalb einer etablierter Institutionen ändern, oder zu einer veränderten Machtverteilung zugunsten der herausfordernden Staaten führen, indem diese Staaten an Autorität, Status und Einfluss hinzugewinnen (Morse/Keohane 2014: 385-388).

Die Theorie des *contested multilateralism* nach Morse und Keohane bietet somit einen Erklärungsrahmen, um die Neugründung von Institutionen theoriegeleitet analysieren zu können. Aufgrund ihrer unterrepräsentierten Stellung in einer etablierten Institution gründen Staaten alternative Institutionen, welche ihnen einen größeren politischen Einfluss ermöglichen (Morse/Keohane 2014). Jedoch fehlt hierbei, wie auch in anderen aus diesem Forschungsgebiet stammenden Arbeiten, die Erklärung für einen zentralen Anhaltspunkt: Es kann nicht genau genug belegt werden, wie die neu gegründete Institution gestärkt wird, um eine Umverteilung der Macht herbeizuführen und somit den herausfordernden Staaten zu einem relativen Machtaufstieg zu verhelfen. Die vorliegende Arbeit argumentiert, dass diese institutionelle Stärkung durch den staatlichen Einsatz einer *smart power* Strategie bewirkt wird:

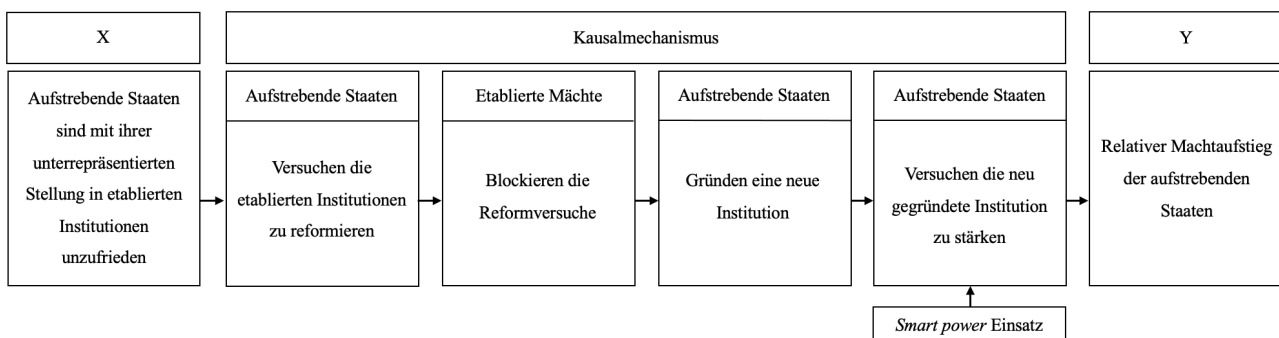
Der *smart power* Begriff ist erstmals in der amerikanischen Außenpolitik zur Amtszeit von Präsident Barack Obama bekannt geworden (Havertz 2019: 95). In den Internationalen Beziehungen wurde der *smart power* Begriff durch Joseph Nye eingeführt und konnte aufgrund seiner Aktualität seitdem noch kaum erforscht werden. *Smart power* bezeichnet laut Nye eine staatliche Strategie, welche die *hard power* und *soft power* eines Staates vereint einsetzt, sodass sich beide Machtarten gegenseitig verstärken (Nye 2009: 160). Nye argumentiert, dass Staaten ihre Ziele in der Außenpolitik nicht erreichen können, wenn nur eine der beiden Machtarten ausgeübt wird. *Smart power* Strategien seien hierbei von entscheidender Bedeutung (Nye 2009: 160; Nye 2011: 10). *Smart power* bedeutet somit, die Ressourcen beider Machtarten zu mobilisieren und vereint einzusetzen (Wilson 2008: 120). Mit Hinblick auf institutionelle Veränderungen kann eine auf *smart power* Strategien basierende Außenpolitik erreichen, dass benötigte Reformen in etablierten Institutionen umgesetzt werden (Wilson 2008: 116).

Aus diesen theoretischen Annahmen wird im Folgenden ein Zusammenhang zwischen einer institutionellen Neugründung, dem staatlichen Einsatz einer *smart power* Strategie und dem relativen Machtaufstieg eines Staates hergestellt

2.3 Herleitung eines Kausalpfades

Um eine Verbindung zwischen einer institutionellen Neugründung und dem relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten herzustellen, werden die Annahmen des *contested multilateralism* Theorie (Morse/Keohane 2014) durch den staatlichen Einsatz von *smart power* ergänzt und als Kausalpfad konzipiert (Abbildung 1):

Abbildung 1: Kausalpfad



Quelle: Eigene Darstellung

Die Unzufriedenheit bestimmter Staaten mit ihrer unterrepräsentierten Stellung in etablierten Institutionen stellt den Ausgangspunkt des Kausalpfades dar. Den Annahmen des *contested multilateralism* zufolge kann diese Unzufriedenheit durch Einflüsse wie die sich verändernden globalen Machtverhältnisse entstehen (Morse/Keohane 2014: 390). Aus diesem Grund liegt der Schluss nahe, dass besonders aufstrebende Staaten diese Unzufriedenheit empfinden. Um im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit untersuchen zu können, ob der aufgestellte Kausalpfad eine Erklärung für die AIIB-Gründung und den daraus resultierenden relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten darstellt, werden die aufstrebenden Staaten den unzufriedenen und herausfordernden Staaten aus den Annahmen der *contested multilateralism* Theorie gleichgestellt. Die Unzufriedenheit der aufstrebenden Staaten bewirkt, dass diese Staaten laut Morse und Keohane miteinander kooperieren und versuchen, die etablierten Institutionen zu reformieren (Morse/Keohane 2014: 385). Diese Reformen werden jedoch durch die etablierten Mächte blockiert, da sie darin eine Gefahr für die Umsetzung ihrer eigenen Interessen sehen (Morse/Keohane 2014: 391). Deshalb gründen die aufstrebenden Staaten entsprechend der *competitive regime creation* Annahme eine neue

Institution mit vorteilhafteren Regelungen (Morse/Keohane 2014: 392-398). Um diese neue Institution stärken zu können, setzen die aufstrebenden Staaten daraufhin eine *smart power* Strategie ein. Letztendlich führt dies zu einer Umverteilung der Machtverhältnisse und ermöglicht es den aufstrebenden Staaten, einen relativen Machtaufstieg im Vergleich zu etablierten Mächten zu erfahren (Morse/Keohane 2014: 385-388).

In der vorliegenden Arbeit soll nun die durch aufstrebende Staaten gegründete AIIB untersucht werden. Anhand des bisherigen Forschungsstandes kann noch nicht belegt werden, weshalb die AIIB bereits kurz nach ihrer Gründung so erfolgreich bei der Anwerbung von weiteren Mitgliedsstaaten abschnitt. Ebenso blieb bisher noch unklar, wie der relative Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten, darunter insbesondere der Aufstieg Chinas, mit der Gründung und institutionellen Stärkung der AIIB zusammenhängt. Dies soll im weiteren Verlauf anhand des aufgestellten Kausalpfades schrittweise analysiert werden.

3 Methodik

Die vorliegende Arbeit stellt eine qualitative Einzelfallstudie dar und basiert auf der Methode des *process-tracing* (Beach/Pedersen 2013; Siewert 2017). Hierbei bezieht sich die Analyse besonders auf das Buch „Process-Tracing Methods: Foundations and Guidelines“ von Derek Beach und Ramus B. Pedersen, welches drei unterschiedliche Varianten des *process-tracing* aufführt: *theory-testing*, *theory-building* und *explaining outcome process-tracing* (Beach/Pedersen 2013: 12). Die vorliegende Arbeit untersucht, wie sich die theoretischen Annahmen des *contested multilateralism* (Morse/Keohane 2014) durch das *smart power* Konzept (Nye 2009: 160) ergänzen lassen, um eine bisher ungeklärte Verbindung zu dem relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten herzustellen. Somit liegt der Fokus auf der *theory-building process tracing* Variante (Beach/Pedersen 2013: 154). Der Weiteren wird hieraus ein Kausalpfad abgeleitet, welcher schrittweise die Unzufriedenheit der aufstrebender Staaten mit ihrer unterrepräsentierten Stellung in etablierten Institutionen als unabhängige X-Variable durch die Annahmen des *contested multilateralism* (Morse/Keohane 2014) und dem Einsatz einer *smart power* Strategie nach Nye (Nye 2009: 160) mit dem relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten als abhängige Y-Variable verbindet.

Die Theorie des *contested multilateralism* nach Morse und Keohane (Morse/Keohane 2014) wurde in der vorliegenden Arbeit als theoretischer Analyserahmen ausgewählt, da sie die Unzufriedenheit von Staaten mit ihrer unterrepräsentierten Stellung in etablierten Institution als Ausgangspunkt für eine institutionelle Neugründung aufführt (Morse/Keohane 2014: 390). Dies deckt sich mit der zu untersuchenden Annahme, dass aufstrebende Staaten neue Institutionen gründen, da sie aufgrund der relativen globalen Machtverschiebungen mit dem Status quo in etablierten Institutionen unzufrieden sind. Somit stellt die *contested multilateralism* Theorie eine passende Grundlage dar, um die Gründung der AIIB durch aufstrebende Staaten zu untersuchen und nimmt auch allgemein eine zunehmende Rolle in der Forschung zu globalen Machtverschiebungen ein (Morse/Keohane 2014: 386).

Die AIIB-Gründung wird analysiert, da sie einen typischen Fall in der Finanzpolitik darstellt, bei welchem alle Schritte des Kausalpfades vorhanden sein sollten und somit eine Theorieentwicklung entsprechend der *theory-building process tracing* Variante ermöglicht wird (Beach/Pedersen 2013: 154). Neben der AIIB-Gründung würde auch eine Analyse der New Development Bank (NDB) in Frage kommen, da diese ebenso eine neue, durch aufstrebende Staaten gegründete multilaterale Entwicklungsbank darstellt (New Development Bank 2021). Die NDB ist in ihrem Einfluss jedoch weitaus eingeschränkter als die AIIB und gilt zudem als weniger kontrovers, da ihr nur die fünf BRICS-Staaten als Mitglieder angehören (Yuliantoro/Dinarto 2019: 171). Im Vergleich dazu stellt die AIIB eine Institution dar, in welcher China eine führende Rolle einnimmt und welche trotz des Entgegenwirkens seitens der USA auch viele westlichen Mächte anwerben konnte (Siew Mun 2015: 6-7). Somit eignet sich die AIIB-Gründung besonders gut für eine Analyse der sich verändernden relativen Machtverhältnisse zwischen China und der USA.

Die Fallauswahl und der Aufbau des Kausalpfades haben zur Folge, dass sich die Erkenntnisse der Analyse nur in einem begrenzten Kontext generalisieren lassen (Beach/Pedersen 2013: 16). Da die AIIB-Gründung einen typischen Fall für das Vorhandensein des aufgestellten Kausalpfades darstellt, kann durch die folgende Analyse untersucht werden, ob dieser Kausalmechanismus eine plausible Erklärung für die institutionelle Neugründung der AIIB und den relativen Machtaufstieg der aufstrebender Staaten darstellt. Die gewonnenen Erkenntnisse begrenzen sich jedoch nur auf die durch aufstrebende Staaten gegründeten Institutionen in der globalen Finanzpolitik. Der aufgestellte Kausalpfad ermöglicht es zwar, institutionelle Veränderungen auch anhand von weiteren Politikfeldern zu untersuchen, jedoch nur begrenzt auf die durch aufstrebende Staaten gegründeten Institutionen. Zudem lässt der Kausalpfad keine Schlüsse zu, wenn aufstrebende Staaten eine institutionelle Anpassung erreichen, anstatt eine neue Institution zu gründen. Eine Analyse anhand der *contested multilateralism* Theorie bietet jedoch die Möglichkeit, Gemeinsamkeiten bei institutionellen Neugründungen zu finden (Morse/Keohane 2014: 388). Morse und Keohane führen in ihrer Arbeit verschiedene Politikfelder auf, in welchen die *contested multilateralism* Theorie, und damit potenziell auch der aufgestellte Kausalpfad, Anwendung findet (Morse/Keohane 2014: 407). Somit wird der Kausalpfad in der vorliegenden Arbeit anhand der AIIB-Gründung als typischen Einzelfall für dessen Vorhandensein analysiert, aber könnte bei weiterführenden Analysen auch generalisierbare Schlüsse zulassen. Dennoch bleibt zu erwähnen, dass ein Kausalpfad alleine keine ausreichende Erklärung für die abhängige Variable darstellt (Beach/Pedersen 2013: 12). Deshalb muss in anknüpfender Forschung auch der Einfluss weiterer unabhängiger Variablen analysiert werden, im Falle von institutionellen Neugründungen durch unzufriedene Staaten kann dies beispielsweise anhand des Verhandlungsmodells von Urpelainen und Van de Graaf erfolgen (Urpelainen/Van de Graaf 2014).

Der aus den theoretischen Annahmen abgeleitete Kausalpfad soll im Verlauf der Analyse anhand von empirischen Belegen schrittweise untersucht werden. Hierfür bezieht sich die vorliegende Arbeit vor allem auf wissenschaftliche Arbeiten aus dem Forschungsbereich der aufstrebenden Staaten und der relativen globalen Machtverschiebungen, sowie auf offizielle Dokumente und Veröffentlichungen der zu untersuchenden Finanzinstitutionen.

Um feststellen zu können, ob sich die einzelnen Schritte des Kausalpfades empirisch belegen lassen, werden im Folgenden die hierfür benötigten beobachtbaren Implikationen näher definiert:

Die Unzufriedenheit der aufstrebenden Staaten aufgrund ihrer unterrepräsentierten Stellungen in etablierten Institutionen gilt als Ausgangspunkt des Kausalpfades. Diese Unzufriedenheit lässt sich daran erkennen, dass aufstrebende Staaten im Vergleich zu etablierten Mächten institutionelle Nachteile erfahren, beispielsweise durch unpassend verteilte Stimmenanteile, welche den aufstrebenden Staaten nur geringe Einflussmöglichkeiten bei institutionellen Entscheidungen ermöglichen. Um belegen zu können, dass die aufstrebenden Staaten daraufhin versuchen, die etablierten Institutionen zu reformieren, müssen die aufstrebenden Staaten diese Unzufriedenheit öffentlich zum Ausdruck bringen, untereinander kooperieren

und diesbezüglich Reformanträge an die etablierten Institutionen stellen. Die Blockierung dieser Reformen durch etablierte Mächte zeigt sich durch die nur gering ausfallenden oder ausbleibenden Veränderungen der etablierten Institutionen. Ebenso müssen diese fehlenden oder geringen Reformen mit dem aktiven Entgegenwirken der etablierten Mächte zusammenhängen, beispielsweise durch verlangsamte institutionelle Entscheidungsprozesse, einer fehlenden Umsetzung der staatlichen Forderungen oder einer allgemeinen Behinderung der aufstrebenden Staaten, an institutioneller Macht hinzuzugewinnen. Um aufzuzeigen, dass hieraus die Gründung einer neuen Institution durch die aufstrebenden Staaten resultierte, muss ein Zusammenhang zwischen den Regelungen der etablierten Institutionen und der neugegründeten Institution bestehen. Die neue Institution muss den gleichen Tätigkeitsbereich wie die etablierten Institutionen aufweisen und zudem deren Nachteile für die aufstrebenden Staaten durch vorteilhaftere Regelungen ausgleichen. Um die Stärkung der neugegründeten Institution durch den Einsatz einer *smart power* Strategie nachweisen zu können, müssen *hard power* und *soft power* Ressourcen vereint eingesetzt werden, um möglichst viele Mitgliedsstaaten anzuwerben, durch welche die neugegründete Institution wächst und an Legitimität sowie Ressourcen hinzugewinnt. Schlussendlich lässt sich der durch die gestärkte Institution erreichte relative Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten belegen, wenn diese Staaten im Vergleich zu den etablierten Mächten an institutionellem Einfluss, internationaler Anerkennung und Legitimität hinzugewinnen. Zudem üben die aufstrebenden Staaten aufgrund ihres relativen Machtaufstiegs einen Einfluss auf die etablierten Finanzinstitutionen aus, was sich beispielsweise an der Zulassung von bislang blockierten Reformen zugunsten der aufstrebenden Staaten erkennen lässt.

4 Empirische Analyse der AIIB-Gründung

Im Folgenden wird die Gründung der AIIB anhand des aufgestellten Kausalpfades schrittweise untersucht. Hierfür werden wissenschaftliche Forschungsarbeiten sowie offizielle Dokumente und Veröffentlichungen der relevanten Finanzinstitutionen analysiert, um das Vorhandensein der einzelnen Kausalpfadschritte empirisch belegen zu können. Dies ermöglicht eine theoriegeleitete Untersuchung der AIIB-Gründung und dem damit zusammenhängenden relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten, darunter insbesondere dem Aufstieg Chinas, im Vergleich zu etablierten Mächten wie der USA.

4.1 Die Unzufriedenheit der aufstrebenden Staaten mit ihrer unterrepräsentierten Stellung in etablierten Finanzinstitutionen

Zunächst wird untersucht, ob und wenn ja, weshalb die aufstrebenden Staaten vor der Gründung der AIIB mit dem Status quo in etablierten Finanzinstitutionen unzufrieden waren.

In der Finanzpolitik existieren seit Jahrzehnten mehrere etablierte Finanzinstitutionen, unter welchen besonders die Weltbank und der IWF von zentraler Bedeutung sind. Die Weltbank finanzierte seit 1947 über 12.000 Entwicklungsprojekte durch zinslose Kredite oder Zuschüsse, welche das wirtschaftliche Wachstum von Entwicklungsländern fördern sollen (World Bank Group 2021a). Aktuell besitzt die Weltbank 189 Mitgliedsstaaten und setzt sich insbesondere für eine Verringerung der weltweiten Armut, einen erhöhten globalen Wohlstand und eine nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern ein (World Bank Group 2021b). Der IWF wurde 1944 gegründet, umfasst aktuell 190 Mitgliedsstaaten und verfolgt ähnliche Ziele zur Weltbank: Neben der weltweiten finanziellen Stabilität zielt der IWF ebenso darauf ab, die globale Armut zu verringern und das wirtschaftliche Wachstum in Entwicklungsländern zu fördern, indem der Fonds staatliche Kredite vergibt und die wirtschaftlichen sowie finanziellen Entwicklungen der Staaten auf globaler Ebene überwacht (IMF 2021). In der Finanzpolitik existiert neben diesen beiden zentralen Institutionen zudem die 1966 gegründete ADB, welche aktuell 68 Mitgliedsstaaten aufweist und sich, beschränkt auf die asiatische Region und den Pazifik, für dieselben Ziele wie die Weltbank und der IWF einsetzt (ADB 2021).

Aufstrebende Staaten wie die BRICS sind zwar meistens Mitglieder in etablierten Finanzinstitutionen, weisen jedoch aufgrund ihres starken wirtschaftlichen Wachstums eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem Status quo in diesen Institutionen auf. Bis 2015 konnten erhebliche Unterschiede in den jährlichen Wachstumsraten des BIP's zwischen aufstrebenden Staaten und etablierten Mächten nachgewiesen werden: Zwischen 2000 und 2010 überstieg die BIP-Wachstumsrate der BRICS mit 6,2% in bedeutendem Maße die Wachstumsrate der etablierten Mächte in Höhe von 1,9%, wobei die BRIC-Staaten, mit Ausnahme von Südafrika, auch unter den Entwicklungsländern das größte BIP-Wachstum aufweisen konnten (Radulescu et al. 2014: 607). Bis 2015 hielt das starke Wachstum des BIP's in aufstrebenden Staaten an, wobei besonders

China und Indien herausstachen (Radulescu et al. 2014: 608). Allgemein lässt sich erkennen, dass China unter den BRICS-Staaten das größte Wachstum aufweist: 2010 überholte China Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und soll Voraussagen zufolge 2025 ebenso die USA wirtschaftlich einholen. Zudem wurden 2014 die meisten ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von 128 Milliarden Dollar in China investiert, weitaus mehr als in die USA (Kwong 2020: 1). Zudem haben die aufstrebenden Staaten in den vergangenen Jahrzehnten damit begonnen, sich zunehmend an der globalen Finanzierungs- und Wirtschaftsentwicklung zu beteiligen (Radulescu et al. 2014: 611). Somit wird deutlich, dass diese Staaten bis 2015 eine starke wirtschaftliche Entwicklung und einen Anstieg an benötigten finanziellen Ressourcen aufwiesen, worunter besonders die BRICS mit China als größter heranwachsenden Wirtschaft weltweit herausstachen.

Das wirtschaftliche Wachstum und die erhöhte Beteiligung an Investitionsprojekten spiegeln sich jedoch nicht in der Stellung der aufstrebenden Staaten in etablierten Finanzinstitutionen wieder (Siew Mun 2015: 14). Im Vergleich zu etablierten Mächten werden die aufstrebenden Staaten in der Weltbank, der ADB und dem IWF durch signifikant geringere Stimmenanteile benachteiligt, was ihren Einfluss auf institutionelle Entscheidungen limitiert. Dadurch können die aufstrebenden Staaten auch nur begrenzt von der institutionellen Finanzierung profitieren (Ouyang et al. 2019: 225; Siew Mun 2015: 16). Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Stimmenanteile der etablierten Mächte im Vergleich zu den BRICS, mit Ausnahme von Südafrika, in der Weltbank und in der ADB im Zeitraum von 1984 bis 2015.

Abbildung 2: Entwicklung der Stimmenanteile in der Weltbank und in der ADB

	Developed Economies				Developing Economies			
	U.S.	Japan	UK	Germ.	China	Brazil	Russia*	India
	IBRD (%)							
1984	19.20	5.94	6.15	5.97	4.09	1.89	0.00	4.01
1994	17.14	6.47	4.79	5.00	3.10	1.73	1.75	3.10
2004	16.39	7.86	4.30	4.49	2.78	2.07	2.78	2.78
2015	16.21	7.51	3.95	4.40	4.85	1.93	2.84	3.06
	ADB (%)							
1984	13.88	13.88	2.46	4.71	1.51	0.00	0.00	6.69
1994	11.06	21.75	1.76	3.32	4.78	0.00	0.00	4.70
2004	12.94	12.94	1.97	3.81	5.53	0.00	0.00	5.43
2014	12.75	12.84	1.94	3.78	5.48	0.00	0.00	5.39

Source: IBRD, ADB and own elaboration (2017). * Russia joined the WB in 1992.

Quelle: (Bustillo/Andoni 2018: 6)

Es lässt sich erkennen, dass sich der Stimmenanteil in der Weltbank über die vergangenen Jahrzehnte nur in

geringem Maße veränderte, wodurch die USA und Japan ihre führende Rolle in der Bank beibehielten: Seit 1984 sank der Stimmenanteil der USA um nur rund 3 Prozentpunkte und betrug 2015 16,21%, wobei der Stimmenanteil Japans bis 2015 auf 7,51% anstieg. Im Vergleich dazu veränderten sich die Stimmenanteile der BRIC-Staaten nur geringfügig und betrugen 2015 4,85% für China, 1,93% für Brasilien, 2,84% für Russland und 3,06% für Indien (Bustillo/Andoni 2018: 6). Eine ähnliche Entwicklung und Aufteilung der Stimmenanteile zeigt sich in der ADB, in welcher die USA und Japan ebenso die Führung übernehmen. China und Indien sind von den BRICS-Staaten die einzigen Mitglieder in der ADB und hatten 2014 nur 10,87% aller Stimmenanteile, obwohl China 2010 Japans Wirtschaft überholte und Indien Voraussagen zufolge die zukünftig größte Bevölkerung der Welt aufweisen soll (Reisen 2015: 299). Im Vergleich zu den geringen Stimmenanteilen Chinas und Indiens besaßen die USA und Japan 2014 jeweils einen Anteil von 12,75% und 12,84%, welcher sich im Verlauf der letzten Jahre kaum veränderte (Bustillo/Andoni 2018: 6). Diese Verteilung bewirkt, dass die aufstrebenden Staaten aufgrund von hohen benötigten Mehrheiten die Zustimmung der führenden etablierten Mächte benötigen, um die Stimmenanteile in der Weltbank oder der ADB verändern zu können (Kim/Lee 2020: 10).

Die Stimmenanteile im IWF repräsentieren das wirtschaftliche Wachstum der BRICS ebenso wenig wie in der Weltbank und in der ADB. Dies liegt daran, dass die Stimmenanteile bei der Gründung des IWF anhand der finanziellen Macht der Staaten aufgeteilt und seitdem nichtmehr angepasst wurden (Tokhi 2019: 86). Diese Machtverteilung spiegelt die vorteilhaftere Stellung der Industriestaaten wieder, unter welchen die USA eine führende Rolle einnimmt. 2010 fand zwar eine Reform der Stimmenanteile statt, welche den aufstrebenden Staaten ab 2016 einen höheren Stimmenanteil zusicherte, jedoch belief sich diese Erhöhung insgesamt nur auf 5,7% und änderte nichts an der Vetomachtstellung der USA (Duran 2018: 78-80). Des Weiteren ist bemerkenswert, dass den etablierten Mächten bis 2000 nahezu die gesamte Finanzierung durch den IWF zugute kam. Seit sich die aufstrebenden Staaten zunehmend an der globalen Finanzierungs- und Wirtschaftsentwicklung beteiligten, stieg ihr Anteil an ausländischen Direktinvestitionen zwar an, belief sich aber im Vergleich zu etablierten Mächten bis 2008 dennoch auf einen bedeutend geringeren Anteil (Radulescu et al. 2014: 611).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die BRICS bis 2015 in etablierten Finanzinstitutionen unterrepräsentiert blieben, obwohl sie ein starkes wirtschaftliches Wachstum und ein steigendes Finanzierungsbedürfnis aufwiesen. Da sich die Weltbank, der IWF und die ADB nicht adäquat an diese Veränderungen anpassten und etablierte Mächte wie die USA ihre Vormachtstellung behielten, entstand unter den aufstrebenden Staaten eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem Status quo in diesen Institutionen.

4.2 Reformversuche der etablierten Finanzinstitutionen durch aufstrebende Staaten

Als Nächstes wird analysiert, ob die unter den aufstrebenden Staaten entstandene Unzufriedenheit den Willen auslöste, die etablierten Institutionen zu reformieren. Zudem soll untersucht werden, ob die aufstrebenden Staaten diese Unzufriedenheit öffentlich zum Ausdruck brachten und untereinander kooperierten, um mögliche Reformen in die Wege zu leiten.

Die BRICS begannen seit 2001 als Gruppe zu agieren und zunehmend in Form von Repräsentantentreffen oder Finanzinstitutionen wie der NDB miteinander zu kooperieren (Ouyang et al. 2019: 234). Neben ähnlichen Interessen haben die BRICS vor allem ihr starkes wirtschaftliches Wachstum gemeinsam, wodurch eine Grundlage besteht, in verschiedenen Politikfeldern zusammenzuarbeiten (Ouyang et al. 2019: 221). Es zeigte sich bereits nach der globalen Finanzkrise 2008, dass sich die BRICS-Staaten dafür einsetzten, die Repräsentation von aufstrebenden Staaten in etablierten Finanzinstitutionen zu stärken (Duran 2018: 72; Ouyang et al. 2019: 221). China äußerte sich hierbei gemeinsam mit den BRICS dafür, 7% der Stimmanteile im IWF an aufstrebende Staaten umzuverteilen und die Zahl an Repräsentanten aus aufstrebenden Staaten zu erhöhen (Peng/Tok 2016: 743). Zudem haben sich die BRICS bei Verhandlungen der G20, welche die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer darstellen, vermehrt dafür ausgesprochen, die Stimmenanteile im IWF anzupassen (Duran 2018: 79).

Besonders China weist unter den BRICS eine führende Rolle in der Entstehung von neuen Kooperationsformen auf. Allgemein gesehen verbündet sich China des Öfteren mit Staaten, welche einen Machtausgleich zu der USA suchen und an Einfluss hinzugewinnen möchten, wenn Chinas Interessen nicht mit denen der USA übereinstimmen (Kurlantzick 2007: 201). Kleinere Staaten haben oft keinen ausschlaggebenden Einfluss auf die durch multilaterale Institutionen getroffenen Entscheidungen und sind deshalb auf Koalitionen mit größeren Staaten angewiesen. Umgekehrt haben auch größere Staaten den Anreiz, mit kleineren Staaten zu kooperieren, um durch dessen Unterstützung an Legitimität hinzuzugewinnen (Morse/Keohane 2014: 388). China scheint dies zum eigenen Vorteil zu nutzen. Im Vergleich zu China weisen die anderen BRICS-Staaten eine geringere wirtschaftliche Größe auf und sind somit teilweise auf eine Zusammenarbeit mit China angewiesen, um ihren Interessen auf globaler Ebene Geltung zu verleihen (Radulescu et al. 2014: 606). China begann, sich seit der asiatischen Finanzkrise 1997 zunehmend an der regionalen Finanzpolitik Asiens zu beteiligen (Pacheco Pardo 2014: 71). Zudem betont China hierbei seinen Willen, vertiefte Partnerschaften mit asiatischen Nachbarstaaten eingehen zu wollen (Kurlantzick 2007: 52).

China kooperierte in den letzten Jahren jedoch auch zunehmend mit der Europäischen Union (EU). Neben regelmäßig stattfindenden EU-China Gipfeltreffen und einem jährlichen wirtschaftlichen und finanziellen Dialog haben sich China und die EU dazu geäußert, zukünftig weitere vertiefende Kooperationen eingehen zu wollen (Pacheco Pardo 2014: 67-68). Zudem half die EU dabei, Chinas Sektor für finanzielle

Dienstleistungen nach der globalen Finanzkrise zu reformieren und 2012 schloss die EU gemeinsam mit China ein bilaterales Investitionsabkommen ab (Pacheco Pardo 2014: 70-71).

Somit wird deutlich, dass die BRICS-Staaten Anreize dazu hatten, miteinander zu kooperieren. Diese Anreize wurden durch die geteilte Unzufriedenheit mit ihrer unterrepräsentierten Stellung in etablierten Finanzinstitutionen verstärkt, wodurch sich die BRICS gemeinsam für institutionelle Reformen einsetzten. Besonders China weißt unter den BRICS ein zunehmendes Interesse auf, neue Kooperationsformen einzugehen.

4.3 Blockierung der institutionellen Reformversuche durch etablierte Mächte

Nun wird analysiert, ob die etablierten Mächte den institutionellen Aufstieg der aufstrebenden Staaten aktiv blockierten, indem sie die Reformen der etablierten Finanzinstitutionen behinderten oder gänzlich verhinderten. Hierbei wird besonderes auf die Rolle der USA eingegangen.

Es lässt sich erkennen, dass sich die etablierten Mächte nicht nur in der Finanzpolitik dafür einsetzten, den zunehmenden Einfluss der aufstrebenden Staaten, hierbei besonders den steigenden Einfluss Chinas, einzugrenzen. Die etablierten Mächte waren der Auffassung, dass sich die aufstrebenden Staaten in bereits existierende Institutionen integrieren sollten, anstatt neue Institutionen zu gründen, was ihnen jedoch aufgrund der benachteiligenden institutionellen Regelungen zunehmend erschwert wurde. Beispielsweise musste China unzählige Zugeständnisse machen und bei jahrelangen Verhandlungen teilnehmen, um der Welthandelsorganisation beitreten zu können, was bei anderen Mitgliedsstaaten nicht der Fall war (Etzioni 2016: 177-178).

Diese Eingrenzung lässt sich jedoch besonders in der Finanzpolitik feststellen. China äußerte sich zusammen mit den anderen BRICS für eine Anpassung der Stimmenanteile in der Weltbank, was jedoch nur zu geringen Veränderungen führte und etablierten Mächten wie der USA ermöglichte, auch weiterhin die Oberhand zu behalten (Etzioni 2016: 179). Ein ähnliches Bild zeichnet sich in der ADB ab, in welcher die USA und Japan die größten Stimmenanteile, und somit auch den größten Einfluss, beibehielten (Hecan 2016: 160). Die USA setzte sich zudem aktiv gegen die zur Sprache gekommenen Reformen des IWF ein, welche die Wahlanteile der aufstrebenden Staaten erhöhen sollten (Siew Mun 2015: 14). Allgemein weisen alle im IWF durchgeführten Reformen nur geringfügige Verbesserungen zugunsten der aufstrebenden Staaten auf (Hecan 2016: 159-160). Die BRICS brachten zwar die benötigte Finanzierung von Infrastrukturprojekten zur Sprache und erhielten diesbezüglich auch Zugeständnisse seitens der G20, jedoch passierte in den darauffolgenden Jahren wenig, um ihre Forderungen umzusetzen. Die Weltbank hielt sich diesbezüglich zurück, die Anweisungen der G20 auszuführen und den BRICS erschien es, als wäre dieses Thema aus Sicht der etablierten Mächte nicht relevant genug, um angegangen zu werden (Chin 2014: 368-369). Zudem

werden die durch aufstrebende Staaten angefragten Finanzierungsprojekte durch langwierige bürokratische Prozesse blockiert und Darlehensaufnahmen in der Weltbank und im IWF unterliegen strengen Bedingungen, welche die Vormachtstellung der USA schützen sollen (Chin 2016: 11; Ouyang et al. 2019: 222-223).

Auch die Gründung der AIIB kann als weiterer Reformversuch der aufstrebenden Staaten gesehen werden, welchen die USA versuchte, zu blockieren. Bereits vor der Gründung kritisierte die USA, dass die AIIB nicht den hohen Standards der etablierten Finanzinstitutionen entsprechen würde und argumentierte hierbei mit Transparenz- und Umweltschutzaspekten, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und der unpassenden Regierungsweise der Bank (Etzioni 2016: 175; Siew Mun 2015: 6). Die USA befürchtete zudem, dass die AIIB im Wettbewerb mit bereits existierenden multilateralen Banken wie der Weltbank und der ADB stehen würde und China die Vormachtstellung in der AIIB ausnutzen könnte, um die Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Einklang mit chinesischen Interessen umzusetzen (Etzioni 2016: 176). Die AIIB stellte aus der Sicht der USA eine Antwort der aufstrebenden Staaten auf die abgelehnten IWF-Reformen dar und würde die etablierten Finanzinstitutionen sowie die führende Position der etablierten Mächte in der Entwicklungsfinanzierung herausfordern (Siew Mun 2015: 24; Zhu 2019: 654). Deshalb versuchte die USA, Staaten wie Australien oder Südkorea unter Druck zu setzen und durch Lobbyismus zu beeinflussen, um sie von einem Beitritt zur AIIB abzuhalten (Siew Mun 2015: 6).

Hieraus wird deutlich, dass die etablierten Mächte eine grundlegende Haltung gegen eine Anpassung an die sich verändernden globalen Machtverhältnisse aufwiesen (Etzioni 2016: 185). Dies zeigt sich besonders in der internationalen Finanzpolitik, in welcher die etablierten Mächte nicht nur untätig blieben, sondern auch aktiv handelten, um institutionelle Reformen im Sinne der aufstrebenden Staaten zu blockieren. Hierbei sticht vor allem die USA heraus, welche einen erhöhten Einfluss der BRICS und insbesondere Chinas zu verhindern versuchte, um seine führende Rolle in den etablierten Finanzinstitutionen zu schützen.

4.4 Gründung der AIIB als alternative Finanzinstitution

Im Folgenden wird analysiert, ob die aufstrebenden Staaten aufgrund der blockierten Reformen in etablierten Finanzinstitutionen dazu übergingen, die AIIB als alternative Finanzinstitution mit vorteilhafteren Regelungen zu gründen.

Die BRICS haben Anreize dazu, gemeinsame Institutionen zu gründen, durch welche sie die Defizite bisheriger etablierter Institutionen ausgleichen und ihre finanziellen Bedürfnisse decken können (Ouyang et al. 2019: 223). Die durch China initiierte AIIB kann als eine zu diesem Zweck gegründete Institutionen gesehen werden. Die Gründung der AIIB wurde 2013 erstmals angekündigt und 2014 offiziell mit 21 Gründungsmitgliedern durchgeführt (Bustillo/Andoni 2018: 1). 2016 begann die AIIB ihre Operationen mit

bereits 57 Mitgliedsstaaten und wuchs bis Ende 2020 auf 103 Mitgliedsstaaten heran (AIIB 2021). Als Hauptziel der AIIB gilt die Finanzierung von asiatischen Infrastrukturprojekten, um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region zu fördern. Hierfür geht die AIIB regionale Kooperationen ein und arbeitet mit anderen multilateralen Banken zusammen, um Investitionen in Entwicklungsprojekte, darunter auch private Investitionen, zu fördern und zu ergänzen (Asian Infrastructure Investment Bank 2021: 2).

Die Stimmenanteile in der AIIB werden gewichtet verteilt, indem jeder Mitgliedsstaat einen bestimmten Anteil an Grund- und Aktionärsstimmen erhält, wobei Letztere nach dem Kapitalstockanteil eines Staates zugeteilt werden (Asian Infrastructure Investment Bank 2021: 16-17). Im Vergleich zu den Stimmenanteilen in etablierten Finanzinstitutionen besitzen die aufstrebenden Staaten einen durchschnittlich höheren Anteil, wobei China die meisten Wahlstimmen und somit auch den größten Einfluss in der AIIB besitzt (Kim/Lee 2020: 5-7). China erhält durch 26,75% der Stimmenanteile, gefolgt von Indien mit 7,66% und Russland mit 5,9%, die Möglichkeit, bei 2/3 Mehrheitsentscheidungen ein Veto einzulegen. Dadurch kann China die institutionellen Entscheidungsprozesse und Regelungen der AIIB in bedeutendem Maße beeinflussen und besitzt vergleichsweise sogar einen größeren Stimmenanteil als die etablierten Mächte in der Weltbank, dem IWF oder der ADB (Kim/Lee 2020: 7-9).

Neben den vorteilhafteren Stimmenanteilen handelt die AIIB zudem flexibler und schneller als etablierte Finanzinstitutionen, was sich besonders bei staatlichen Krisen als wünschenswert erweist (Chin 2019: 574; Horta 2019: 10). Ein weiterer Aspekt ist Chinas klare Stellungnahme, dass sich die AIIB nicht in die nationalen Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischt und keine Voraussetzungen für die finanzielle Unterstützung eines Staates festgelegt werden. Dies steht im direkten Kontrast zu den Handlungsweisen der USA, welche die nationale Politik von Mitgliedsstaaten in etablierten Finanzinstitutionen überwacht und die Möglichkeit besitzt, Sanktionen zu verhängen (Horta 2019: 10; Kurlantzick 2007: 49-50; Peng/Tok 2016: 740-741).

Die Regelungen der AIIB gleichen somit diejenigen Nachteile aus, welche die aufstrebenden Staaten in etablierten Finanzinstitutionen erfahren und nicht reformieren konnten. Die AIIB kann deshalb als Antwort der BRICS auf die blockierten Reformen in etablierten Finanzinstitutionen gesehen werden. Besonders China konnte durch den größten Stimmenanteil unter allen Mitgliedsstaaten am meisten durch die AIIB-Gründung profitieren und eine führende Rolle in der Institution einnehmen.

4.5 Institutionelle Stärkung der AIIB – Chinas *smart power* Strategie

Um erklären zu können, wie sich die AIIB-Gründung auf den relativen Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten auswirkte, muss zunächst untersucht werden, wie die Bank zu diesem Zweck durch Chinas *smart*

power Strategie gestärkt wurde. Hierfür wird zwischen *hard power* und *soft power* Ressourcen sowie ihrer gemeinsamen Wirkungsweise unterschieden.

Eine fehlende Infrastruktur wird als eine der zentralen Ursachen gesehen, wieso es ärmeren Entwicklungsländern schwer fällt, wirtschaftlich zu wachsen (Reisen 2015: 297). Der Bedarf nach einer ausgebauten Infrastruktur zeigt sich jedoch auch bei aufstrebenden Staaten wie den BRICS, da sie aufgrund ihres starken wirtschaftlichen Wachstums eine voranschreitende Urbanisierung und Globalisierung aufweisen (Ouyang et al. 2019: 228-229). Somit stellt die Finanzierung von Infrastrukturprojekten durch die AIIB den wahrscheinlich größten Anreiz dar, wieso sich viele Staaten dazu entschlossen haben, der Bank beizutreten (Bustillo/Andoni 2018: 10). Den BRICS wird durch die im Rahmen der AIIB gemeinsam durchgeführten Investitionsprojekte ermöglicht, Kapital- und Technologieressourcen zu bündeln, vertiefte zwischenstaatliche Kooperationen einzugehen und sich von dem Einfluss der etablierten Mächte in bisherigen Finanzinstitutionen loszusagen (Ouyang et al. 2019: 230-231). Die ADB wurde zwar bereits gegründet, um Infrastrukturprojekte im asiatischen Raum zu finanzieren, aber die benötigte Finanzierungssumme ist zu hoch, um alleine durch die ADB gedeckt werden zu können. Die AIIB stellt hierbei eine Möglichkeit dar, die ADB zu entlasten und die hohe Nachfrage nach finanzieller Unterstützung zu verringern (Reisen 2015: 299; Siew Mun 2015: 4-5). Zudem kann die AIIB die private Finanzierung stärken, welche in aufstrebenden Staaten und Entwicklungsländern zu gering ausfällt, da private Investoren ungern in riskante Regionen oder Staaten investieren, welche eine schlechte Kreditwürdigkeit oder unvorhersehbare politische Entwicklungen aufweisen (Hecan 2016: 159-160). Die Finanzierungsmöglichkeiten der AIIB konnten neben aufstrebenden Staaten und asiatischen Entwicklungsländern zudem auch westliche Mächte überzeugen: Deutschland und Frankreich zielten darauf ab, durch die AIIB Verträge für Konstruktionsprojekte abschließen zu können, und Großbritannien sah in der AIIB eine Möglichkeit, seinen globalen finanziellen Einfluss auszuweiten, da sich das europäische Zentralgebäude der AIIB in Großbritannien befindet (Peng/Tok 2016: 742).

Laut Nye gelten Zahlungen als ein zentrales Element der staatlichen *hard power* (Nye 2009: 160). China setzte das Finanzierungsangebot der AIIB im Sinne der *hard power* ein, um westliche und aufstrebende Staaten sowie asiatische Entwicklungsländer davon zu überzeugen, der Institution beizutreten. Wenngleich die Finanzierung von Infrastrukturprojekten als hauptsächlicher Grund für den Beitritt von ärmeren Entwicklungsländern gesehen werden kann, konnten die westlichen Mächte nicht nur gänzlich durch diese *hard power* überzeugt werden, da sie im Vergleich zu Entwicklungsländern keine dringende Infrastrukturfinanzierung benötigen und somit auch nicht auf den Beitritt zu AIIB angewiesen waren. Um erkennen zu können, wie China diese Staaten als Mitglieder anwerben konnte, muss nun auch der Einsatz von Chinas *soft power* betrachtet werden.

Die wirtschaftliche Größe eines Staates gilt als *hard power*, wenn diese durch den Staat als Zwangsmittel eingesetzt wird. Wenn sie jedoch eine Anziehungskraft auf andere Staaten ausübt, dann wird die

wirtschaftliche Größe eines Staates als *soft power* bezeichnet (Nye 2009: 160). Chinas starkes wirtschaftliches Wachstum wirkt sich attraktiv auf kleinere asiatische Staaten aus, da sie Chinas materielle Macht mit Vorteilen assoziieren, durch welche sie ihre eigenen Interessen umsetzen können. Dadurch können diese Staaten dazu verleitet werden, mit China zu kooperieren (Chan 2017: 568). Dies kann als ein Aspekt der *soft power* gesehen werden, welcher der AIIB durch Chinas führender Rolle dazu verhalf, asiatische Staaten von einem Beitritt zu überzeugen. Die AIIB bietet neben finanziellen Anreizen jedoch auch weitere Vorteile: Im Vergleich zu etablierten Finanzinstitutionen werden die aufstrebenden Staaten in der AIIB besser repräsentiert und erhalten die Möglichkeit, sich an regionalen Investitionsprojekten zu beteiligen (Hecan 2016: 159). Zudem handelt die Bank flexibler und schneller als etablierte Finanzinstitutionen, sie mischt sich nicht in die nationale Politik der Mitgliedsstaaten ein und setzt keine Voraussetzungen für die finanzielle Unterstützung von Mitgliedsstaaten (Chin 2019: 574; Horta 2019: 10; Kurlantzick 2007: 49-50; Peng/Tok 2016: 740-741).

Neben Chinas wirtschaftlicher Anziehungskraft bietet die AIIB somit attraktive institutionelle Regelungen, welche dabei halfen, vor allem aufstrebende Staaten wie die BRICS und asiatische Entwicklungsländer davon zu überzeugen, der AIIB beizutreten.

Die zentrale *soft power* Chinas zeigte sich gegenüber nichtasiatischen Staaten jedoch besonders in der Ausübung von Diplomatie. Während der Gründungsphase der AIIB legte China großen Wert darauf, auch westliche Staaten als Mitglieder anzuwerben, durch welche die Bank an Legitimität und Ansehen hinzugewinnen würde (Horta 2019: 37-38). Den westlichen Mächten war es im Rahmen der AIIB-Gründung besonders wichtig, multilaterale Verhandlungen zu führen und die vereinbarten Regelungen in den *articles of agreement* als offizielles Gründungsdokument der AIIB festzuhalten (Zhu 2019: 656). China erklärte sich dazu bereit, bei diesen Verhandlungen auf die Vorschläge der zukünftigen Mitgliedsstaaten einzugehen und von seiner ursprünglichen Idee zur Ausgestaltung der AIIB abzuweichen. Es wurde vereinbart, dass der chinesische Kapitalbeitrag zur Bank verringert wird und die AIIB die globalen institutionellen Standards einhält (Zhu 2019: 653-655). Zudem erklärte sich China dazu bereit, seine Vetomacht schrittweise aufzugeben und seine Stimmenanteile zu verringern, wenn die Anzahl an Mitgliedsstaaten steigt (Chin 2016: 13; Zhu 2019: 655). China stellte sich dadurch in einen direkten Kontrast zu der USA, welche nicht dazu bereit ist, seine Vetomachtstellung in etablierten Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder dem IWF abzugeben (Zhu 2019: 655). Durch diese Zugeständnisse sollte den westlichen Mächten bewiesen werden, dass China seine führende Position in der AIIB nicht ausnutzen möchte und das Gemeinwohl der Mitgliedsstaaten vor chinesische Interessen stellt (Chin 2016: 17). Durch diese multilateralen Verhandlungen gewann die AIIB an Legitimität hinzu und die westlichen Staaten konnten ihr Vertrauen an China und die Bank erhöhen (Zhu 2019: 656). Des Weiteren bietet die AIIB nichtasiatischen Staaten die Möglichkeit, ihre diplomatischen Beziehungen auf die asiatische Region auszuweiten (Ly 2020: 14-15; Siew Mun 2015: 24). Zudem können die westlichen Mächte als Mitglieder der AIIB die institutionellen Vorgänge von innen heraus beeinflussen, um Chinas führende Position einzugrenzen und die Einhaltung der globalen

institutionellen Standards zu kontrollieren (Horta 2019: 35; Siew Mun 2015: 9). Als die AIIB-Gründung bekannt gegeben wurde, setzte die USA seine Verbündeten unter Druck und betrieb Lobbyismus, um sie von einer Mitgliedschaft in der Bank abzuhalten. Als Großbritannien sich dennoch bereit erklärte, der Bank beizutreten, gaben auch die von der USA unter Druck gesetzten Staaten nach und traten der AIIB bei, wodurch sich diese zu eine global unterstützten Finanzinstitution entwickelte und an Legitimität und Einfluss hinzugewann (Siew Mun 2015: 6-9). Zudem achtet China darauf, dass die Repräsentanten der AIIB hohe Kommunikationsfähigkeiten aufweisen, um die Bank in diplomatischen Verhandlungen besser vertreten zu können und das Ansehen der AIIB zu stärken (Horta 2019: 36-37).

Es wird deutlich, dass China seine *hard power* und *soft power* Ressourcen vereint einsetzte, um die AIIB durch den Einsatz einer *smart power* Strategie zu stärken: Einerseits konnten aufstrebende Staaten wie die BRICS und asiatische Entwicklungsländer durch die finanziellen Angebote der AIIB von einem Beitritt zur Bank überzeugt werden, da sie Unterstützung bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten benötigen. Die wirtschaftliche Größe Chinas und die institutionellen Regelungen der AIIB wirkten sich hierbei zusätzlich attraktiv aus und verstärkten die Überzeugung dieser Staaten, der Bank beizutreten. Andererseits konnten nichtasiatische Staaten vor allem aufgrund der diplomatischen Verhandlungen Chinas angeworben werden. Es wird deutlich, dass China den Beitritt dieser Staaten nicht alleine durch *hard power* erreichen konnte, sondern nur in Kombination mit seiner *soft power*. Die erfolgreich eingesetzte *smart power* Strategie Chinas verhalf der AIIB, zahlreiche Mitgliedsstaaten anzuwerben und somit an Legitimität, finanziellen Ressourcen und Ansehen in der internationalen Finanzpolitik hinzuzugewinnen.

4.6 Relativer Machtaufstieg der aufstrebenden Staaten

Nun stellt sich die Frage, ob die durch Chinas *smart power* Strategie gestärkte AIIB den aufstrebenden Staaten dazu verhalf, einen relativen Machtaufstieg im Vergleich zu etablierten Mächten zu erfahren.

Es lässt sich argumentieren, dass sich die AIIB aufgrund einer erfolgreichen Etablierungsphase und der steigenden Mitgliederzahl bereits mit Finanzinstitutionen wie der Weltbank oder dem IWF vergleichen lässt (Chin 2019: 569; Horta 2019: 10). In den ersten Jahren nach ihrer Gründung arbeitete die AIIB mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken zusammen, welche ihr Expertenwissen mit der Bank teilten und der AIIB halfen, Investitionsprojekte im Alleingang durchzuführen (Horta 2019: 9-10). Die AIIB könnte in Zusammenarbeit mit der NDB eine Herausforderung für die etablierten Finanzinstitutionen darstellen, da sie gemeinsam vergleichbare Finanzierungssummen liefern könnten (Reisen 2015: 300). Des Weiteren weist die AIIB hohe Erfolgchancen auf, da Ratingagenturen der Bank die höchstmögliche Bonität zurechneten, die AIIB durch die finanzielle Stärke der westlichen Großmächte abgesichert ist und zudem eine starke Kreditqualität aufweist (Reisen 2015: 301). Besonders bemerkenswert ist hierbei, dass sich die Regelungen der etablierten Finanzinstitutionen seit der AIIB-Gründung veränderten: 2015 erhöhte die ADB ihre jährliche

Finanzierungsmenge für Entwicklungsprojekte um nahezu 40% und die USA sagte der seit 2010 geplanten Wahlstimmenreform im IWF zugunsten der aufstrebenden Staaten zu (Peng/Tok 2016: 749). Wenngleich nicht zweifelsfrei belegt werden kann, dass diese Veränderungen aufgrund der AIIB-Gründung stattfanden, kann dennoch erkannt werden, dass sich die etablierten Finanzinstitutionen in einigen der Punkte anpassten, welche die Unzufriedenheit der aufstrebenden Staaten mit dem Status quo in etablierten Finanzinstitutionen auslösten.

Die gestärkte AIIB bietet den aufstrebenden Staaten somit die Möglichkeit, den Status quo in etablierten Finanzinstitutionen herauszufordern. Die aufstrebenden Staaten erhalten durch die Bank einen erhöhten Einfluss in der internationalen Finanzpolitik, wodurch sich ihre Macht im Vergleich zu etablierten Mächten relativ erhöht.

Unter den aufstrebenden Staaten profitiert China jedoch am meisten von den Vorteilen einer gestärkten AIIB. Aufgrund seiner führenden Position in der Bank kommen China privilegierte Rechte wie die Auswahl neuer Mitgliedsstaaten, die Präsidentschaft in der Bank sowie die Bestimmung des Hauptstandorts der AIIB zugute (Siew Mun 2015: 17). Zudem erhält China durch die AIIB die Möglichkeit, regionale Beziehungen mit asiatischen Nachbarstaaten aufzubauen, was Chinas Führungsrolle in der Region untermauert (Siew Mun 2015: 15). Des Weiteren führte China ein, dass sich die AIIB im Vergleich zu etablierten Finanzinstitutionen nicht in die nationalen Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischt und keine Voraussetzungen existieren, um als hilfsbedürftiger Staat eine finanzielle Unterstützung durch die AIIB zu erhalten (Horta 2019: 10; Kurlantzick 2007: 49; Peng/Tok 2016: 740-741). Die Akzeptanz dieser zentralen Punkte durch die Mitgliedsstaaten symbolisiert, dass Chinas normative Prinzipien zunehmend auch durch etablierte Mächte anerkannt werden, wodurch sich Chinas globales Ansehen erhöht (Peng/Tok 2016: 740-741). China möchte sich durch seine führende Rolle in der AIIB als verantwortungsvolle Macht profilieren, welche sich an internationale Regelungen hält und mit anderen Staaten zusammenarbeitet. Im Vergleich zu der USA, welche sich nicht dazu bereit erklärte, der AIIB beizutreten, wirkt China somit kooperativer, was sich positiv auf zukünftige zwischenstaatliche Beziehungen auswirken könnte und Chinas internationales Image verbessert (Kurlantzick 2007: 51).

Chinas erhöhte globale Anerkennung stellt hierbei einen zentralen Vorteil dar, welche dem Staat durch die gestärkte AIIB zukommt. Die Anerkennung durch andere Staaten lässt sich unter anderem an dem Erhalt von Privilegien und einem internationalen Status, an erhöhten Mitbestimmungsrechten und an der Akzeptanz des Staates in führenden globalen Machtpositionen erkennen (Paul 2016: 4-5). Vor der AIIB-Gründung konnte China sein Ansehen zwar bereits in verschiedenen Politikfeldern erhöhen, scheiterte jedoch in der Finanzpolitik aufgrund der einschränkenden Regelungen der etablierten Finanzinstitutionen (Paul 2016: 26). Der Beitritt von westlichen Staaten zur AIIB kann symbolisch interpretiert bedeuten, dass diese Staaten den zunehmenden Einfluss Chinas in der internationalen Politik akzeptieren und fördern möchten (Bustillo/Andoni 2018: 12-13). Die westlichen Mächte konnten die Kritikpunkte, welche die USA in

Anbetracht der AIIB-Gründung äußerte, nicht teilen, da sie der Annahme sind, dass China keine Bedrohung für die regionale oder globale Ordnung darstellt (Bustillo/Andoni 2018: 3). Des Weiteren erhält China durch die AIIB die Möglichkeit, die hegemoniale Stellung der USA herauszufordern: Die Gründung und erfolgreiche Etablierung der AIIB als alternative Finanzinstitution neben bereits existierenden multilateralen Entwicklungsbanken kann als strategischer Schachzug gesehen werden, welchen China nutzt, um die institutionelle Vormachtstellung der USA zu untergraben (Reisen 2015: 298; Siew Mun 2015: 15). Die AIIB stellt seit Beginn der relativen globalen Machtverschiebungen die erste Institution dar, welche die hegemoniale Stellung der USA glaubwürdig herausfordert (Siew Mun 2015: 10).

Zusammenfassend lässt sich schlussfolgern, dass die gestärkte AIIB den aufstrebenden Staaten, darunter besonders China, dazu verhalf, in die internationale Finanzpolitik integriert zu werden (Peng/Tok 2016: 749). Durch die etablierte Stellung und Legitimität der AIIB erhalten die aufstrebenden Staaten finanzielle Vorteile und können ihren Einfluss in der globalen Finanzpolitik vergrößern. Besonders China konnte durch seine führende Rolle in der Bank an internationaler Anerkennung hinzugewinnen. Zudem bekommt China durch die etablierte Stellung der AIIB zum ersten Mal die Möglichkeit, die Vormachtstellung der USA im Bereich der Finanzpolitik herauszufordern. Somit wird deutlich, dass die aufstrebenden Staaten und insbesondere China aufgrund der gestärkten AIIB im Vergleich zu etablierten Mächten wie der USA an relativer Macht hinzugewannen.

5 Fazit und Ausblick

In der vorliegenden Arbeit wurde ein Kausalpfad hergeleitet, welcher die Annahmen der *contested multilateralism* Theorie nach Morse und Keohane (Morse/Keohane 2014) durch das *smart power* Konzept nach Nye (Nye 2009) ergänzt, um eine Verbindung zwischen institutionellen Neugründungen durch aufstrebende Staaten und ihrem relativen Machtaufstieg herzustellen. Dieser Kausalpfad wurde schrittweise anhand der AIIB-Gründung analysiert und liefert eine theoriegeleitete Erklärung, wie die aufstrebenden Staaten, darunter insbesondere China, mithilfe der durch Chinas *smart power* Strategie gestärkten AIIB einen relativen Machtaufstieg in der globalen Finanzpolitik erfahren konnten:

Aufgrund ihres starken wirtschaftlichen Wachstums wurden aufstrebende Staaten wie die BRICS zunehmend unzufriedener mit dem Status quo in etablierten Finanzinstitutionen wie der Weltbank, dem IMF und der ADB, da sie trotz dieses Wachstums keine adäquaten Stimmenanteile im Vergleich zu etablierten Mächten wie der USA erhielten. Diese Unzufriedenheit führte dazu, dass die aufstrebenden Staaten unter der führenden Rolle Chinas miteinander kooperierten und versuchten, die etablierten Finanzinstitutionen zu reformieren. Die etablierten Mächte blockierten diese Reformversuche jedoch durch verlangsamte institutionelle Entscheidungsprozesse, ihrem fehlenden Durchsetzungswillen und im Falle der USA ebenso durch aktives Entgegenwirken, sodass sich die Stimmenanteile in etablierten Finanzinstitutionen nicht im Sinne der aufstrebenden Staaten anpassten. Aus diesem Grund initiierte China die Gründung der AIIB, welche eine alternative multilaterale Entwicklungsbank darstellt und vorteilhaftere Regelungen für die aufstrebenden Staaten aufweist. China setzte in Folge dessen eine *smart power* Strategie ein, um die AIIB durch eine hohe Anzahl an Mitgliedsstaaten zu stärken. Hierbei wirkten sich die Finanzierungsmöglichkeiten der AIIB als *hard power* aus und konnten besonders aufstrebende und asiatische Staaten von einem Beitritt zur Bank überzeugen, da diese Staaten eine dringende Unterstützung bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten benötigten. In Anbetracht der eingesetzten *soft power* wirkten sich die institutionellen Regelungen der AIIB und die wirtschaftliche Größe Chinas zudem attraktiv auf andere Staaten aus, was ihre Überzeugung von einem Beitritt zur AIIB verstärkte. China konnte jedoch besonders durch diplomatische Verhandlungen erreichen, dass auch nichtasiatische Staaten und westliche Großmächte der Bank beitraten. Chinas vereinter Einsatz beider Machtarten im Sinne einer *smart power* Strategie ermöglichte es somit, dass die AIIB bereits kurz nach ihrer Gründung an zahlreichen Mitgliedsstaaten hinzugewann, welche das Ansehen und die Legitimität der Bank erhöhten. Die BRICS konnten durch die gestärkte AIIB an Einfluss in der internationalen Finanzpolitik hinzugewinnen und ihre Interessen besser zur Geltung bringen. Besonders China konnte durch die AIIB seine internationale Anerkennung erhöhen und zum ersten Mal die Vormachtstellung der USA in der internationalen Finanzpolitik herausfordern. Dadurch gewannen die aufstrebenden Staaten, darunter insbesondere China durch seine führende Rolle in der AIIB, im Vergleich zu etablierten Mächten wie der USA an relativer Macht hinzu.

Trotz anfänglicher Versuche seitens der USA, ihre Verbündeten von einem Beitritt zur AIIB abzuhalten, konnte China diese Staaten durch *soft power* überzeugen, sich gegen die Forderungen der USA zu stellen und der Bank beizutreten. Dies wäre alleine anhand von *hard power* unmöglich gewesen. China gelang es, beide Machtarten im Sinne einer *smart power* Strategie vereint einzusetzen und somit der AIIB zu einem raschen Aufstieg in der internationalen Finanzpolitik zu verhelfen. Folglich kann die AIIB-Gründung als Symbol für Chinas zunehmende Macht und die sich verändernden globalen Machtverhältnisse gesehen werden (Siew Mun 2015: 14). In den kommenden Jahren wird die USA zwar ihre Vormachtstellung in der globalen Politik beibehalten können, aber in Anbetracht des wachsenden Einflusses der aufstrebenden Staaten relativ gesehen an Macht verlieren (Siew Mun 2015: 11). Somit kann die AIIB als erster Schritt gesehen werden, um die internationale Politik an die neuen globalen Machtverhältnisse anzupassen (Ouyang et al. 2019: 223).

Die gewonnenen Erkenntnisse legen nahe, dass das *smart power* Konzept nach Nye (Nye 2009) einen ergänzenden Beitrag zum bisherigen Forschungsstand über relative globale Machtverschiebungen in den Internationalen Beziehungen liefert. Zukünftige Forschung könnte hierbei anknüpfen und den aufgestellten Kausalpfad in unterschiedlichen Politikfeldern und anhand weiterer durch aufstrebende Staaten gegründeter Institutionen, wie beispielsweise der NDB, untersuchen. Ebenso bietet der aufgeführte Kausalpfad keine ausreichende Erklärung für den relativen Machtaufstieg von aufstrebenden Staaten, weshalb weitere mögliche Einflussfaktoren untersucht werden müssen. Schlussendlich muss das *smart power* Konzept aufgrund seiner Aktualität noch eingehender erforscht werden, um ein vertieftes Verständnis der relativen globalen Machtverschiebungen im 21. Jahrhundert zu ermöglichen.

Literaturverzeichnis

ADB 2021: Who We Are, in: <https://www.adb.org/who-we-are/main>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2021.

AiIB 2021: Who We Are, in: <https://www.aiib.org/en/about-aiib/index.html>; zuletzt aufgerufen am 06.12.2021.

Armijo, Leslie E. 2007: The BRICS Countries (Brasil, Russia, India, and China) as Analytical Category. Mirage or Insight?, in: *Asian Perspective* 31: 4, 7-42.

Asian Infrastructure Investment Bank 2021 : Articles of Agreement, in: <https://www.aiib.org/en/about-aiib/basic-documents/articles-of-agreement/index.html>; zuletzt aufgerufen am 20.11.2021.

Baldwin, David A. 1979: Power Analysis and World Politics. New Trends Versus Old Tendencies, in: *World Politics* 31: 2, 161-194.

Baldwin, David A. 2013: Power and International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London: SAGE Publications Ltd, 273-297.

Barnett, Michael/Duvall Raymond 2005: Power in International Politics, in: *International Organization* 59: 1, 39-75.

Beach, Derek/Pedersen, Rasmus B. 2013: *Process-Tracing Methods. Foundations and Guidelines*, Michigan: University of Michigan Press.

Bustillo, Ricardo/Andoni, Maiza 2018: China, the EU and Multilateralism. The Asian Infrastructure Investment Bank, in: *Revista Brasileira de Politica Internacional* 61: 1, 1-19.

Chan, Lai-Ha 2017: Soft Balancing Against the US 'Pivot to Asia'. China's Geostrategic Rationale for Establishing the Asian Infrastructure Investment Bank, in: *Australian Journal of International Affairs* 71: 6, 568-590.

Chan, Steve 2008: *China, the U.S, and the Power-Transition-Theory. A Critique*, Abingdon: Routledge.

Chin, Gregory T. 2014: The BRICS-led Development Bank. Purpose and Politics Beyond the G20, in: *Global Policy* 5: 3, 366-373.

Chin, Gregory T. 2016: Asian Infrastructure Investment Bank. Governance Innovation and Prospects, in: *Global Governance* 22: 1, 11-25.

Chin, Gregory T. 2019: The Asian Infrastructure Investment Bank - New Multilateralism. Early Development, Innovation, and Future Agendas, in: *Global Policy* 10: 4, 569-581.

- Dahl, Robert A.* 1957: The Concept of Power, in: Behavioral Science 2: 3, 201-215.
- Daßler, Benjamin/Kruck, Andreas/Zangl, Bernhard* 2019: Interactions Between Hard and Soft Power. The Institutional Adaptation of International Intellectual Property Protection to Global Power Shifts, in: European Journal of International Relations 25: 2, 588-612.
- Duran, Camila V.* 2018: Voice and Exit. How Emerging Powers are Promoting Institutional Changes in the International Monetary System, in: Revista de Direito Internacional 15: 1, 71-89.
- Etzioni, Amitai* 2016: The Asian Infrastructure Investment Bank. A Case Study of Multifaceted Containment, in: Asian Perspective 40, 173-196.
- Hart, Andrew F./Jones, Bruce D.* 2010: How Do Rising Powers Rise?, in: Survival 52: 6, 63-88.
- Havertz, Ralf* 2019: Trump's Departure from Smart Power, in: Zeitschrift für Außen-und Sicherheitspolitik 12: 4, 93-111.
- Hecan, Mehmet* 2016: Dynamics of Institutional Proliferation in Financing for Development. The Birth of the AIIB, in: Development 59, 158-166.
- Holsti, Kalevi J.* 1964: The Concept of Power in the Study of International Relations, in: Background 7: 4, 179-194.
- Horta, Korinna* 2019: The Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). A Multilateral Bank where China Sets the Rules, Berlin: Heinrich Böll Foundation.
- IMF* 2021, in: <https://www.imf.org/en/About/Factsheets/IMF-at-a-Glance>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2021.
- International Monetary Fund* 2012: World Economic Outlook. Coping with High Debt and Sluggish Growth, in: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2016/12/31/World-Economic-Outlook-October-2012-Coping-with-High-Debt-and-Sluggish-Growth-25845>; zuletzt aufgerufen am 16.12.2021.
- Kahler, Miles* 2013: Rising Powers and Global Governance. Negotiating Change in a Resilient Status Quo, in: International Affairs 89: 3, 711-729.
- Keohane, Robert O.* 2005: After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton: Princeton University Press.
- Kim, Soo Yeon/Lee, Jesslene* 2020: Gaining Ground, Gaining Influence? Vote Shares and Power in the AIIB, in: https://www.peio.me/wp-content/uploads/2020/02/PEIO13_paper_100_1.pdf; zuletzt aufgerufen am 02.12.2021.

- Koremenos, Barbara/Lipson, Charles/Snidal, Duncan* 2001: The Rational Design of International Institutions, in: *International Organization* 55: 4, 761-799.
- Krasner, Stephen D.* 1999: *Sovereignty. Organized Hypocrisy*, Princeton: Princeton University Press.
- Kruck, Andreas/Zangl, Bernhard* 2019: Trading Privileges for support. The Strategic Co-optation of Emerging Powers into International Institutions, in: *International Theory* 11: 3, 318-343.
- Kruck, Andreas/Zangl, Bernhard* 2020: The Adjustment of International Institutions to Global Power Shifts. A Framework for Analysis, in: *Global Policy* 11: 3, 5-16.
- Kurlantzick, Joshua* 2007: *Charm Offensive. How China's Soft Power is Transforming the World*, New Haven: Yale University Press.
- Kwong, Charles C.L.* 2020: *The Chinese Economy and its Challenges. Transformation of a Rising Economic Power*, Abingdon: Routledge.
- Lipsy, Phillip Y.* 2017: *Renegotiating the World Order. Institutional Change in International Relations*, California: Cambridge University Press.
- Ly, Bora* 2020: The Rationale of European Countries Engage in AIIB, in: *Cogent Business and Management* 7: 1, 1-17.
- Mearsheimer, John J.* 1994: The False Promise of International Institutions, in: *International Security* 19: 3, 5-49.
- Morgenthau, Hans J.* 1960: *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, 3.Auflage, New York: Knopf.
- Morse, Julia C./Keohane, Robert O.* 2014: Contested Multilateralism, in: *The Review of International Organizations* 9: 4, 385-412.
- New Development Bank* 2021, in: <https://www.ndb.int/about-us/essence/history/>; zuletzt aufgerufen am 06.12.2021.
- Nye, Joseph S.* 1990: The Changing Nature of World Power, in: *Political Science Quarterly* 105: 2, 177-192.
- Nye, Joseph S.* 2004: *Soft Power. The Means to Success in World Politics*, New York: PublicAffairs.
- Nye, Joseph S.* 2009: Get Smart. Combining Hard and Soft Power, in: *Foreign Affairs* 88: 4, 160-163.
- Nye, Joseph S.* 2011: *The Future of Power*, New York: PublicAffairs.

- Organski, Abramo F.K.* 1958: World Politics, New York: Knopf.
- Organski, Abramo F.K./Kugler, Jacek* 1981: The War Ledger, Chicago: University of Chicago Press.
- Ouyang, Yao/Yi, Xianzhong/Tang, Lingxiao* 2019: Growth and Transformation of Emerging Powers, Singapur: Palgrave Macmillan.
- Pacheco Pardo, Ramon* 2014: EU-China Relations in Financial Governance: Cooperation, Convergence or Competition?, in: Asia Europe Journal 12, 63-77.
- Paul, Thazha V.* 2016: The Accomodation of Rising Powers in World Politics, in: Paul, Thazha V. (Hrsg.): Accomodating Rising Powers, Cambridge: Cambridge University Press, 3-32.
- Peng, Zhongzhou/Tok, Sow Keat* 2016: The AIIB and China's Normative Power in International Financial Governance Structure, in: Chinese Political Science Review 1, 736-753.
- Radulescu, Irina G./Panait, Mirela/Voica, Catalin* 2014: BRICS Countries Challenge to the World Economy New Trends, in: Procedia Economics and Finance 8, 605-613.
- Reisen, Helmut* 2015: Will the AIIB and the NDB Help Reform Multilateral Development Banking?, in: Global Policy 6: 3, 297-304.
- Ruggie, John G.* 1992: Multilateralism. The Anatomy of an Institution, in: International Organization 46: 3, 561-598.
- Schweller, Randall* 2011: Emerging Powers in an Age of Disorder, in: Global Governance 17: 3, 285-297.
- Shambaugh, David* 2014: The Illusion of Chinese Power, in: The National Interest 132, 39-48.
- Siewert, Markus B.* 2017: Process Tracing, in: Jäckle, Sebastian (Hrsg.): Neue Trends in den Sozialwissenschaften. Innovative Techniken für Qualitative und Quantitative Forschung, Wiesbaden: Springer VS, 239-271.
- Siew Mun, Tang* 2015: Trends in Southeast Asia. The Politics of the Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), Singapur: ISEAS Publishing.
- Stephen, Matthew D./Zürn, Michael* 2019: Rising Powers, NGOs, and Demands for New World Orders. An Introduction, in: Stephen, Matthew D./Zürn, Michael (Hrsg.): Contested World Orders. Rising Powers, Non-Governmental Organizations, and the Politics of Authority Beyond the Nation-State, Oxford: Oxford University Press, 1-36.

Tokhi, Alexandros 2019: The Contestation of the IMF, in: Stephen, Matthew D./Zürn, Michael (Hrsg.): Contested World Orders. Rising Powers, Non-Governmental Organizations, and the Politics of Authority Beyond the Nation-State, Oxford: Oxford University Press, 82-123.

Urpelainen, Johannes/Van de Graaf, Thijs 2014: Your Place or Mine? Institutional Capture and the Creation of Overlapping International Institutions, in: British Journal of Political Science 45: 4, 799-827.

Wilson, Ernest J. 2008: Hard Power, Soft Power, Smart Power, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 616, 110-124.

World Bank Group 2021a: What We Do, in: <https://www.worldbank.org/en/what-we-do>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2021.

World Bank Group 2021b: Who We Are, in: <https://www.worldbank.org/en/who-we-are>; zuletzt aufgerufen am 18.12.2021.

Yuliantoro, Nur R./Dinarto, Dedi 2019: Between Revisionist and Status Quo. The Case of China's Leadership in the AIIB, in: Jurnal Hubungan Internasional 7: 2, 169-177.

Zangl, Bernhard/Heußner, Frederick/Kruck, Andreas/Lanzendörfer, Xenia 2016: Imperfect Adaptation. How the WTO and the IMF Adjust to Shifting Power Distributions Among their Members, in: The Review of International Organizations 11, 171-196.

Zhu, Jiejun 2019: Is the AIIB a China-controlled Bank? China's Evolving Multilateralism in Three Dimensions (3D), in: Global Policy 10: 4, 653-659.

Zürn, Michael/Stephen, Matthew 2010: The View of Old and New Powers on the Legitimacy of International Institutions, in: Political Studies Association 30: S1, 91-101.